

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 § (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 75 §, für Versammlungsanzeigen 50 § die Zeile.

Kreditkrise und Unternehmerpläne

Die Kreditkrise hat in Deutschland Formen angenommen, die beängstigend sind. Noch nie in der Geschichte des modernen Kapitalismus haben sich die Schwierigkeiten in der Kreditversorgung einzelner Länder so gehäuft, wie das gegenwärtig der Fall ist. Die natürlichen Strömungsgesetze des Kapitals sind außer Kraft gesetzt worden. Normalerweise strömt das Kapital genau so wie nach dem physikalischen Gesetz: Von dem Orte höheren Druckes nach dem Orte niederen Druckes auf der Linie des geringsten Widerstandes. Der Ort des höheren Druckes für Kapitalien sind die gefüllten Banktresors der Staaten, die aus dem Weltkriege als Sieger hervorgegangen sind. Die dort angesammelten großen Kapitalmassen können in den vorerwähnten Ländern nicht restlos verwendet werden, weil jene Länder mit Kapital gesättigt sind. Schon die Höhe des Zinsfußes, der $1\frac{1}{2}$ bis $2\frac{1}{2}$ % beträgt, zeigt, daß der gesamten Wirtschaft billig Kapitalien in fast unbefränktem Maße zur Verfügung gestellt werden können. In kapitalistischem Sinne arbeiten Kapitalmassen mit einer Rentabilität von $1\frac{1}{2}$ % bis $2\frac{1}{2}$ % durchaus nicht normal. Ohne weiteres würden die Kapitalien dorthin strömen, wo größere Rentabilität winkt, wenn gleichzeitig die notwendigen Sicherheiten gegeben werden, die immer Voraussetzung sind bei Kapitalinvestitionen.

In den Ländern Mitteleuropas herrscht großer Kapitalmangel, kein Wunder, wenn die Nachfrage nach Kapital den Zinsfuß gewaltig ansteigen ließ. Rund das Dreifache muß an Zinsätzen gezahlt werden wie in den Ländern Westeuropas. Nach dem Strömungsgesetz des Kapitals würde das billige westeuropäische Kapital nach den Orten größter Rentabilität nach Mitteleuropa fließen. Erste Voraussetzung für die Wirksamkeit dieses Strömungsgesetzes ist Vertrauen und Sicherheit für die Kreditgeber des Auslandes. Da dieses Vertrauensverhältnis durch eine Reihe von Umständen politischer und wirtschaftlicher Art gestört ist, kann das Strömungsgesetz des Kapitals nicht in Funktion treten.

Die Anstrengungen Deutschlands um die Kredit- und die Vertrauenskrise zu überwinden, sind gewaltig, jedoch bis zum Abschluß dieser Nummer des „Zimmerer“ wenig erfolgreich gewesen. Deutschlands Kreditgeber sind noch voller Mißtrauen. Schuld an der maßlosen Verschärfung der Kreditkrise ist in erster Linie die Hugenberg- und Hitlerkumpanei und ihre säbelkaffelnden Helfershelfer. Wer das nicht einsieht, ist mit Blindheit geschlagen. Hinzu kommt noch die Panzerkreuzer- und Zollunionsfrage und die Vorgänge, die im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Danabank stehen, die uns schwere Kreditverluste gebracht haben. Mit Handlungen dieser Art kann man kein Vertrauen in kreditgebenden Ausland gewinnen.

In der Stunde höchster Not hat auch die deutsche Schwerindustrie den Versuch unternommen, durch eine kreditpolitische Vertrauenskundgebung die Schwierigkeiten zu überbrücken. Die großen deutschen Unternehmungen aus Industrie, Banken, Handel und Schiffahrt haben in einer Eingabe an den Präsidenten der Reichsbank ihre Hilfe in Form eines Garantiesyndikats angeboten. Ähnlich wie bei Schaffung der Rentenmark soll durch diese Aktion die deutsche Währung gestützt und die Kreditnahme im Ausland erleichtert werden. Die großen Unternehmungen, deren Betriebsvermögen 5 Millionen Mark übersteigt, 1008 an der Zahl, wollen sich der Golddiskontbank gegenüber verpflichten, nötigenfalls eine Garantie von 500 Millionen Mark zu übernehmen. Die Reichsregierung hat dieses Angebot der Unternehmer sofort angenommen und durch Notverordnung in Kraft gesetzt.

Zum näheren Verständnis dieser Aktion muß noch einiges gesagt werden. Die Golddiskontbank ist ein Tochterunternehmen der Reichsbank. Dr. Luther ist Präsident bei beiden Instituten. Schon bisher hatte die private Wirtschaft auf die Golddiskontbank einen gewissen Einfluß. Dieser Einfluß soll durch die neue Aktion verstärkt werden. In den Durchführungsbestimmungen, die zugleich mit der neuen Notverordnung verkündet werden, wird dies im einzelnen festgelegt. Der Reichsbankpräsident ist berufen, einen Ausschuß von 7 Mitgliedern einzusetzen, der als Vertretung der haftenden Unternehmer bei Kreditgeschäften der Golddiskontbank mitzuwirken hat. Die Haftung des Garantiesyndikats soll nach § 2 der Durchführungsbestimmungen nur eintreten für Kreditgeschäfte, die innerhalb von 2 Jahren nach Inkrafttreten der Verordnung mit Zustimmung des Ausschusses abgeschlossen werden. Man sieht, daß es sich hier um sehr weitgehende Vollmachten handelt, die dem Ausschuß gegeben werden. Die Bank für deutsche Industrieobligationen, die 1924 als Zentralinstitut für die Reparationsabgabe gegründet wurde, wird mit der Golddiskontbank in gewissem Sinne verkoppelt. An sich kann man die Aktion der Unternehmer durchaus begrüßen.

Dies auch ohne Einschränkung zugegeben, so muß es aber abgelehnt werden, hier von einem Notopfer der Wirtschaft zu reden. Die „D.M.Z.“ verlangt sogar, daß als Belohnung dafür die offizielle Innen- und Wirtschaftspolitik umgestellt werden müsse. Davon kann gar keine Rede sein. Letzten Endes bedeutet der sich ergebende Zufluß von Auslandskapital eine Hilfe für die großen Unternehmungen. Wenn diese eine Garantie in Aussicht stellen, von der man noch gar nicht weiß, ob sie in Anspruch genommen wird, so ist das eine Hilfe für die Unternehmungen selbst. Schließlich sind die Unternehmer an dieser Kreditkrise nicht ganz unschuldig. Sie haben in den verflohenen Jahren Riesenkapitalien in Unternehmungen gesteckt, von denen man nicht weiß, ob das investierte Kapital jemals seinen Zweck erfüllt. Wenn also Fehldispositionen in großem Umfang gemacht wurden, so mußte sich naturgemäß über kurz oder lang ein Kapitalmangel einstellen. Man braucht nur die Riesenpleite des Nordwoll-Konzerns zu betrachten, um festzustellen, wie die Unternehmer gewirtschaftet haben. Weiter kommt hinzu, daß an den großen Verlusten der Reichsbank gewisse Kreise des deutschen Großkapitals nicht ganz unschuldig waren. Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte waren es ge-

wiß nicht, die ihr Geld ins Ausland verschoben haben. Sie waren es auch nicht, die Devisen gehamstert oder sonstwie zu den Schwierigkeiten beitrugen. Es kann also gar keine Rede davon sein, von der breiten Masse ein Opfer gleicher Art zu verlangen. Dies um so wichtiger, weil die breite Masse für diese Krise schon seit Jahren die schwersten Opfer trägt. Die hohe Arbeitslosigkeit, die Lohn- und Gehaltskürzungen und all jene unliebsamen Erscheinungen dieser gewaltigen Krise haben der breiten Masse Opfer auferlegt, die in viele Milliarden gehen. Bei den Großunternehmern handelt es sich um eine eventuelle Garantie. Bei den breiten Massen handelt es sich um wirkliche Opfer. Die zweite Notverordnung beweist dies sehr deutlich.

Es kommt noch ein weiteres hinzu: Wenn die erhofften Auslandskapitalien wirklich hereinkommen, so sind die Großunternehmungen in erster Linie die Nutznießer hiervon. Ferner steht es noch keineswegs fest, daß auch die Klein- und Mittelunternehmungen davon einen Nutzen haben. Wie dem aber auch sei, die deutsche Arbeiterschaft nimmt es zur Kenntnis, daß das Großkapital sich durch eine besondere Aktion zur Behebung der Wirtschaftsnot einsetzt. Mögen die daran geknüpften Hoffnungen in Erfüllung gehen. Eine volkswirtschaftlich richtige Verteilung der hereinkommenden Kredite muß aber von vornherein verlangt werden. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, die erfolgte Fehlrationalisierung durch die neuen Auslandsgelder fortzusetzen. Der verhängnisvolle Verlauf der Geschehnisse in den letzten Monaten hat die Forderung klar hervortreten lassen, daß es zu einem gründlichen Umbau der deutschen Wirtschaft kommen muß. Die Großunternehmer dürfen nicht mehr allein über das Wohl und Wehe der Wirtschaft zu entscheiden haben. Eine öffentliche Kontrolle unter Mitbeteiligung der Arbeiterschaft ist das Gebot der Stunde.

Wir kennen die deutschen Unternehmer sehr genau. Die Arbeiterklasse weiß, daß die Unternehmer im Anschluß an ihre kreditpolitische Aktion auf die Regierung einzuwirken suchen, daß diese ihren Wünschen auf sozialpolitischem Gebiete Rechnung tragen soll. Das ist bis jetzt nur noch nicht geschehen, weil die Kredit- und Vertrauenskrise noch nicht überwunden ist. Wenn das jedoch geschehen wird, woran wir auch in dieser Stunde trotz aller Schwierigkeiten der Gegenwart nicht zweifeln, dann werden die deutschen Unternehmer ihre Rechnung präsentieren. Dann muß die Arbeiterklasse auf der Hut sein.

Der Hoover-Plan in Kraft getreten

Wie ist das Feiertag auszunutzen?

Nach 14 Tagen harten Ringens ist eine Einigung zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Frankreich über den sogenannten Hoover-Plan zu Stande gekommen. Diese zwei Wochen gehörten zweifellos zu den härtesten Belastungsproben, die Deutschland auszuhalten hatte. Noch in den allerletzten Tagen wurde seitens der Reichsbank erwogen, ob nicht weitere Maßnahmen zum Schutze der deutschen Währung eingeleitet werden sollen. Nun ist endlich dieser ungeheure Alpdruck von der deutschen Wirtschaft genommen und die ganze Welt wird zweifellos aufatmen, daß eine Einigung über dieses schwierige Werk gelingen konnte. Wenn es schwer war alle widerstreitenden Interessen unter eine Formel zu bringen, so darf man nicht vergessen, daß noch niemals in der Geschichte ein so stark in internationale Wirtschaftsbeziehungen eingreifendes Abkommen so schnell realisiert werden konnte. Die meisten Menschen stellen sich, von der Froch-Perpektive ihres engen Interessentkreises aus gesehen, solche komplizierten Lösungen viel zu leicht vor. Bei Licht besehen wirken solche Dinge ganz anders. Man muß bedenken, daß der Young-Plan für mehr als ein

Duzend Länder unmittelbar Bedeutung hat und die Budgets dieser Länder auf diese Regelung abgestimmt waren. Nun ist die unmittelbare Spannung beseitigt und die zivilisierte Menschheit kann daran gehen, im Zeitraum eines Jahres das notwendige friedliche Zusammenleben gegenseitig so abzustimmen, daß die zermürbende Spannung beseitigt ist.

Im großen und ganzen dürfte der Plan des amerikanischen Präsidenten bekannt sein. Nach den Abmachungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten sieht die Regelung ungefähr so aus: 1. Die Zahlung der Regierungsschulden wird vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 eingestellt. 2. Das Deutsche Reich ist in dieser Zeit der Pflicht entbunden Reparationszahlungen in fremde Währung übertragen zu müssen. Es hat jedoch den Betrag der ungeschützten Annuität, die von der Reichsbahn zu leisten ist, zu zahlen, jedoch sollen diese Beträge der deutschen Reichsbahn beziehungsweise dem Deutschen Reich als Anleihe zurück-erstattet werden. 3. Alle Zahlungen werden unter den von der amerikanischen Regierung angeregten Bedingungen verzinst und in zehn Jahresraten vom 1. Juli

1933 ab getilgt. 4. Es soll eine gemeinsame Aktion der zentralen Notenbanken durch Vermittlung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zugunsten der europäischen Länder organisiert werden, die durch die Aufhebung der deutschen Zahlungen besonders in Mitteleuropa gezeugt werden. Gedacht ist hier an die kleineren Länder wie Belgien, Jugoslawien, Rumänien usw. 5. Die Sachlieferungen und die verschiedenen technischen Bedingungen, die durch die Anwendung des amerikanischen Vorschlags und des vorliegenden Abkommens notwendig werden, sollen durch einen Ausschuss von Sachverständigen geprüft und mit dem Geiste des Hoover'schen Vorschlags in Einklang gebracht werden.

Das sind die Grundgedanken des Abkommens zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und Frankreich. Der so formulierte Plan soll sofort in Kraft treten. Für uns ist es wesentlich, daß das Prinzip des Vorschlags von Hoover aufrecht erhalten geblieben ist. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die offen gebliebenen Fragen durch den Sachverständigenausschuss vollständig bereinigt werden. Aufgabe der europäischen Staaten ist es nunmehr, in allen Teilen eine Verständigung herbeizuführen. Amerika will sich dabei passiv verhalten und nur eingreifen, wenn es notwendig sein sollte. Hoffentlich treten dabei nicht neue Reibungen auf, damit endlich einmal von einem friedlichen Einvernehmen der so schwer leidenden europäischen Menschheit gesprochen werden kann. Ein Jammer ist es, immer wieder darauf hinweisen zu müssen, daß die Völker Europas alles Trennende zurückstellen müssen, um endlich einmal zu jenem Wohlstand zu gelangen, der ihnen nach dem Stande der Technik gebührt.

Was ist nun vom Standpunkt der Arbeiterklasse nach Eintritt des Feierjahres zu tun? Von vornherein muß die Illusion zerstreut werden, als ob durch die Nichtbezahlung der Reparationsleistungen die Wirtschaftskrise sofort behoben sein könnte. Gewiß sind die 1600 Millionen, die Deutschland in einem Jahr zu leisten hat, keine Kleinigkeit. Aber sie stellen nicht das Entscheidende dar. Man bedenke, daß im Laufe eines Jahres mehr als zwei Milliarden Auslandsgelder abgeflossen sind. Daneben ist die Reichsbank ungeheuer geschwächt. Die Notendeckung beträgt unter Ausbietung aller verfügbaren Reserven 40 % wo sie sich bis vor kurzem noch auf der Höhe von 60 bis 70 % bewegt hatte. Das wichtigste was getan werden mußte, ist unseres Erachtens die Stärkung der Reichsfinanzen. Das Reich muß von den drückenden schwebenden Schulden, die meistens kurzfristig sind, befreit werden. Es muß mit Energie daran gegangen werden, die öffentlichen Verwaltungen so sparsam wie möglich zu gestalten. Alle überflüssigen Ausgaben wie der Bau von Kriegsschiffen usw. haben zu unterbleiben. Das Reich, die Länder und Gemeinden müssen befähigt werden ihre sozialen Aufgaben unter allen Umständen befriedigen zu können. Notwendig scheint es vor allem, das Vertrauen zu der öffentlichen und privaten Wirtschaft soweit zu festigen, daß das entflohenen Auslandsgeld wieder zurückzukehren beginnt. Es müßte versucht werden, dies in der Form von langfristigen Krediten zu bewerkstelligen. Kurzfristige Kredite in größerer Höhe sind ein Unglück für die Wirtschaft. Schon zum drittenmal hat die plötzliche Kündigung derselben zu schweren Erschütterungen geführt. Haben wir es doch erleben müssen, daß sogar Investitionen von nicht geringem Ausmaß mit kurzfristigen Krediten finanziert worden sind. Wir brauchen nichts so notwendig wie ausländisches Kapital, damit wir in die Lage versetzt werden, die deutsche Wirtschaft weiter anzufurbeln. Wenn es zum Beispiel gelänge große Arbeitsbeschaffungsprogramme durch langfristiges Auslandskapital in Angriff zu nehmen, dann würde die Arbeitslosigkeit zweifellos gemildert werden können. Die deutsche Reichsregierung, die Reichsbank und alle in Frage kommenden Stellen müssen den Versuch unternehmen, das Vertrauen soweit zu festigen, daß der Auslandskredit in der gewünschten Form wieder nach Deutschland zurückfließen kann.

Die Notverordnung ist am 1. Juli in Kraft getreten. Mitte Juli erhalten die Arbeitslosen zum erstenmal die gekürzten Unterstützungen. Die Beamten erhalten niedrigere Gehälter und die Krisensteuer muß von den Arbeitern und Angestellten bezahlt werden. Eine Rauffraßwachung größten Stils tritt ein. Die Regierung hat bereits zugesagt, die Notverordnung in ihren krassten Auswüchsen zu mildern. Jetzt ist es an der Zeit an die Umwandlung der Notverordnung heranzugehen. Der soziale Druck, der auf den Massen in Deutschland lastet, ist nicht minder gefährlich als das Fehlen von Auslandsgeld. Er muß durch schnellste Revision der Notverordnung gemildert werden. Dies kann schon geschehen dadurch, daß die Beträge für Subventionen, die in der Notverordnung enthalten sind, gestrichen werden. Subventionspolitik auch unter dem Mantel von sogenannter Arbeitsbeschaffung ist immer gefährlich. Man sollte schnellst damit Schluss machen.

Eine großzügige Revision der Notverordnung mit dem Ziele den Druck auf die schwachen Schultern zu mildern und den Opfern der Krise, den Arbeitslosen, ausreichende Unterstützungen zu gewähren, wäre eine Beseitigung des sozialen Drucks und damit eine Erleichterung für den Lauf der deutschen Wirtschaft. Das Feierjahr tritt in Kraft. Deutschland erhält eine Schonzeit von zwölf Monaten innerhalb der es Zeit hat, notwendige Reformen zum Wiederaufbau der Wirtschaft einzuführen. Die Erhaltung der deutschen Arbeiterschaft scheint uns das wichtigste dabei zu sein. Die deutsche Arbeiterschaft trägt seit zwei Jahren eine Last mit einer Geduld, die bewundernswert ist. Ein Feierjahr der Reparationen muß ihr diese Last erleichtern. Dafür wollen wir uns einsetzen. Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten, vor allem die Gewerkschaften leiden aber nicht minder unter der Krise. Die nächste Zeit sollte benutzt werden, sie wieder finanziell und organisatorisch soweit zu kräftigen, damit sie imstande sind, kraftvoll in die Geschicke der Zeit einzugreifen.

Unsere statistischen Feststellungen vom 27. Juni 1931.

Am vorerwähnten Tage haben 886 Zahlstellen berichtet und einen Mitgliederbestand (Poliere, Hilfspoliere, Gesellen) von 91 793 nachgewiesen und außerdem 6210 Lehrlinge. Arbeitslos waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 55 753 oder 60,7 % und von den Lehrlingen 638 oder 10,3 %. Krank waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 1248 oder 1,4 % und von den Lehrlingen 85 oder 1,4 %.

Wie groß die Arbeitslosigkeit im Bereich der einzelnen Landesarbeitsämter ist, zeigt nachfolgende Tabelle:

Landesarbeitsämter	Zahlstellen	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten Mitglieder (ohne Lehrlinge)			
		gesamt	davon arbeitslos		krank
			gesamt	in Proz.	
1	2	3	4	5	6
1. Ostpreußen	58	4 417	2 013	45,6	68
2. Schlesien	79	9 695	6 220	64,2	102
3. Brandenburg	114	0 025	4 607	46,0	165
4. Pommern	65	3 816	1 784	46,8	44
5. Nordmark	103	9 285	4 594	49,5	103
6. Niederachsen	80	6 350	3 558	56,0	86
7. Westfalen	20	2 591	2 051	79,2	33
8. Rheinland	19	3 172	2 620	82,6	47
9. Hessen	28	2 519	1 879	75,0	25
10. Mitteldeutschl.	138	12 208	7 918	64,9	149
11. Sachsen	60	17 989	12 672	70,4	230
12. Bayern	81	5 910	3 653	61,8	98
13. Süddeutschl.	39	3 306	1 962	59,3	91
Deutsches Reich	884	91 283	55 531	60,8	1241
14. Ausland	2	510	222	43,5	7
Insgesamt	886	91 793	55 753	60,7	1248

Der gesamte Mitgliederbestand beträgt, einschließlich der 46 Zahlstellen, die 2973 Mitglieder und außerdem 135 Lehrlinge hatten und nicht berichteten 932 Zahlstellen mit 94 766 Mitgliedern und außerdem 6345 Lehrlingen, insgesamt 101 111 Mitglieder.

Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 25. Juli.

Konjunkturstatistik.

Ende Juni waren von 100 Verbandsmitgliedern immer noch 60,7 arbeitslos und 1,4 krank, somit nur 37,9 in Arbeit. Das bedeutet gegen den Vormonat eine geringfügige Besserung. Auch die Arbeitslosigkeit der Lehrlinge beträgt noch rund 10,3 %. Die Konjunktur zeigt in keinem Gebiet, von einer geringen Besserung in Ostpreußen abgesehen, eine günstige Entwicklung. Die großen Industriegebiete berichten von einem vollkommenen Stillstand der Bautätigkeit. Etwas besser ist es in den agrarischen Gebieten Deutschlands. Aber auch hier kann von einer guten Konjunktur durchaus nicht die Rede sein. Auch in den ländlichen Gebieten sind über 55 % unserer Verbandskameraden ohne Beschäftigung.

An der Konjunkturstatistik waren im Monat Juni 338 Betriebe beteiligt, die 3489 Zimmerer beschäftigten. Das sind 183 Zimmerer mehr als im Vormonat. Die Zahl der Firmen, die keine Zimmerer beschäftigten, beträgt immer noch 24. Von den 338 Betrieben, die berichteten, war nur in 23 Betrieben mit 637 Zimmerern der Beschäftigungsgrad als gut, in 86 Betrieben mit 1331 Zimmerern als befriedigend und in 229 Betrieben mit 1521 Zimmerern als schlecht zu bezeichnen. Im Laufe des letzten Monats sind in 152 Betrieben 627 Zimmerer eingestellt und in 114 Betrieben 503 Zimmerer zur Entlassung gekommen.

Die Konjunkturaussichten für die nächsten 14 Tage wurden allgemein als schlecht bezeichnet.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut		befriedigend		schlecht		
	2	3	3	4	4	5	
1930 Juni	29	602	130	2454	133	1235	3,22
1931 Mai	19	342	96	1465	226	1499	3,35
1931 Juni	23	637	86	1331	229	1521	3,25

Aus vorstehender Tabelle ergibt sich, daß die Konjunktur im langjämmeren Aufstieg begriffen ist. Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres ist eine wesentliche Verschlechterung eingetreten.

Das Schlichtungswesen im Jahre 1930

In der neuesten Nummer des Reichsarbeitsblattes (Heft Nr. 19) vom 5. Juli 1931 finden wir eine Statistik über das Schlichtungswesen im Jahre 1930. In umfangreichen tabellarischen Übersichten wird die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse und der amtlichen Schlichter wiedergegeben. Trotzdem die baugewerblichen Arbeiterorganisationen am staatlichen Schlichtungswesen nur ganz wenig beteiligt sind, dürften die Auswirkungen des Schlichtungswesens auch unsere Kameraden interessieren. Die Tarifverträge im Baugewerbe, die in der Nachkriegszeit abgeschlossen wurden, haben allesamt Bestimmungen über die Schlichtung von Streitigkeiten enthalten. Im allgemeinen kann behauptet werden, daß sich die tariflichen Schlichtungsinstanzen im Baugewerbe bewährt haben. Nur in ganz wenigen Fällen wurden in dem letzten Jahre die staatlichen Schlichtungsinstanzen bei Streitigkeiten im Baugewerbe angerufen. Hierbei handelte es sich meistens um kleinere Gebiete, die tarifvertraglich nicht erfasst waren, oder wo die Unternehmerorganisationen keinen Einfluß hatten. Bei den großen Auseinandersetzungen über grundsätzliche Tarif- und Lohnfragen wurde die Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen in Anspruch genommen.

Leider ist es nicht möglich, in den übrigen Industrie- und Gewerbebezügen ohne die staatlichen Schlichtungsausschüsse auszukommen. Die Kraft der Gewerkschaften reicht in vielen Industrie- und Gewerbegruppen nicht aus, um ohne staatliche Hilfe die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Für diese immerhin recht erheblichen Gruppen ist das staatliche Schlichtungswesen und seine Anwendung auch heute noch eine Notwendigkeit. Im Jahre 1930 wurden vor den 98 bestehenden Schlichtungsausschüssen und den 7 selbständigen Zweigtammern der Schlichtungsausschüsse insgesamt 3760 Streitfälle verhandelt. Der Streitgegenstand der Parteien betraf in 1672 Fällen Fragen des Lohnes oder des Gehaltes, in 157 Fällen Arbeitszeitfragen, in 416 Fällen Fragen beider Art, während die restlichen Fälle Fragen der verschiedensten Art waren. Es ist interessant, zu erfahren, von wem das Verfahren eingeleitet wurde. Auch darüber geben die tabellarischen Übersichten über die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse im Jahre 1930 Auskunft. Von den 3760 Fällen, die vor den Schlichtungsausschüssen behandelt und verabschiedet wurden, waren 767 Streitfälle von den Arbeitgebern und 2858 Fälle von den Arbeitnehmern beantragt. Von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurden insgesamt 74 Fälle und von Amts wegen 61 Fälle beantragt. Naturgemäß sind die Arbeiter stärker am Schlichtungsverfahren vor den Schlichtungsausschüssen interessiert als die Angestellten. Rund 3063 Streitfälle betrafen Arbeiterfragen und nur 641 Streitfragen Angestellte. Der Rest der Streitfragen betraf sowohl Arbeiter als auch Angestellte. Interessant dürfte ebenfalls die Feststellung sein, wie die Schlichtungssachen erledigt wurden. Rund 250 Fälle wurden schon bei den Vorverhandlungen erledigt. Im Vorverfahren waren es 676 Fälle, im Verfahren vor den Schlichtungskammern 2624 Fälle. Auf andere Weise wurden rund 210 Fälle erledigt. Ein Schiedspruch wurde in nur 1975 Fällen ausgesprochen und einen sonstigen Beschluß fällte der Schlichtungsausschuss in 333 Streitfragen. Die 1957 Schiedsprüche wurden in 520 Fällen von beiden Parteien angenommen. Von den Unternehmern wurden die gefällten Schiedsprüche in 892 Fällen abgelehnt und von den Arbeitnehmern in 296 Fällen angenommen. Von beiden Seiten wurden 92 Schiedsprüche abgelehnt.

Die Schlichtungsverfahren vor den ständigen und vor besonderen Schlichtern haben in diesem Berichtsjahr weiter abgenommen. Vor den vorerwähnten Instanzen mußten 218 Schlichtungsverfahren behandelt werden. Insgesamt hat die Zahl der an den Streitigkeiten beteiligten Arbeitnehmer, ohne Rücksicht auf die Verbandszugehörigkeit, 3 742 000 betragen. Auch hier ist es interessant, festzustellen, daß die Mehrheit der Anträge auf Einleitung eines Schlichtungsverfahrens vor den Schlichtern von den Arbeitnehmern gestellt wurde. Von den 218 Fällen, die insgesamt zu erledigen waren, wurde in 99 Fällen die Einleitung des Verfahrens von den Arbeitnehmern und in 58 Fällen von den Arbeitgebern beantragt. Vom Reichsarbeitsminister mußten in besonderen Fällen 118 Schlichter gestellt werden. Im Berichtsjahr waren es insgesamt 39 Spezialfälle, die vom Reichsarbeitsminister bestellte Sonderlichter beschäftigen mußten. Rund 118 Fälle wurden durch Schiedspruch erledigt. Die 118 Schiedsprüche wurden in 43 Fällen von den Unternehmern und in 34 Fällen von den Arbeitern abgelehnt, während 2 Schiedsprüche von beiden Parteien abgelehnt wurden. In 36 Fällen haben beide Parteien den Schiedspruch angenommen.

Erheblich umfangreicher waren die Anträge auf Verbindlicherklärung gefällter Schiedsprüche. Die ständigen Schlichter mußten im Berichtsjahr 745 Anträge auf Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen behandeln. Die vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichtungsbehörden mußten in 81 Fällen Verfahren auf Verbindlicherklärung einleiten, so daß die Gesamtsumme der beantragten Verbindlicherklärungen gefällter Schiedsprüche 826 betragen hat. Das Verfahren auf Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen wurde in 597 Fällen von den Arbeitnehmern und in 223 Fällen von den Arbeitgebern beantragt. Von Amts wegen mußte in 5 Fällen die Verbindlicherklärung beantragt werden. Die beantragte Verbindlicherklärung wurde in 205 Fällen ausgesprochen und in 236 Fällen abgelehnt, während 40 Anträge auf Verbindlicherklärung zurückgenommen wurden. Vor dem Schlichter, seinem Vertreter oder der ersuchten Behörde fanden vor der Verbindlicherklärung Einigungsverhandlungen statt, die in 348 Fällen Erfolg hatten. Außerhalb der Schlichtungsbehörden fand eine Einigung in 37 Fällen statt.

In diesem Zusammenhang dürfte die Entwicklung der Schlichtungsverfahren seit dem Jahre 1928 interessieren. Hierbei zeigt sich, daß die Zahl der eingeleiteten Fälle im Schlichtungsverfahren erheblich zurückgegangen ist. Im Jahre 1928 mußten Schlichtungsausschüsse und Schlichter insgesamt 8037 Fälle behandeln, gegen 7109 im Jahre 1929 und 4017 im Jahre 1930. Entsprechend der Zahl der Fälle überhaupt ist auch die Zahl der Schiedsprüche, die kraft Gesetzes bindend waren, zurückgegangen. Während im Jahre 1928 insgesamt 558 Schiedsprüche gefällt wurden, ging diese Zahl auf 754 im Jahre 1929 und auf 505 im Jahre 1930 zurück. In dem gleichen Zeitraum ist eine erhebliche Einschränkung der Verfahren auf Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen festzustellen. Noch im Jahre 1928 wurden 1814 Anträge dieser Art gestellt, während es im Jahre 1929 nur noch 1481 und im Jahre 1930 nur 828 Anträge waren.

Die gesamte Entwicklung des Schlichtungswesens zeigt, daß diese Stellen immerhin noch erhebliche Bedeutung für die Beilegung von Konflikten tarifrechtlicher und lohnpolitischer Art haben. Trotzdem kann festgestellt werden, daß diese Instanzen erheblich weniger in Anspruch genommen werden wie in den Vorjahren.

Wirtschaftskrise und Unternehmerorganisationen

Von der Wirtschaftskrise bleiben auch die Unternehmerorganisationen nicht unberührt. Zum Teil werden sie von ihr nicht weniger schwer betroffen als die Gewerkschaften. Ihr Mitgliederbestand geht zurück, und da die Zahl der in den Einzelunternehmungen beschäftigten Arbeiter durchweg sehr gering ist, die Beiträge an die Organisation in der Regel aber nach der Lohnsumme bemessen werden, sinken auch die Einnahmen. Ganz abgesehen von der mangelnden Beitragsdisziplin in Unternehmerkreisen. Dieser Zustand trifft die Unternehmerorganisationen infolgedessen besonders schwer, als sie fast ausnahmslos einen sehr ausgedehnten und kostspieligen Organisations- und Verwaltungsapparat zu unterhalten haben. Verbandsdirektoren und Syndizi kann man nicht mit Gehältern abspießen, wie sie Gewerkschaftssekretäre erhalten; schon deshalb nicht, weil erstere eine ganz andere Vorbildung haben, studierte Leute, Akademiker sind. Trotzdem der Gehaltsabbau auch vor den Büros der Unternehmerverbände nicht haltgemacht hat, beansprucht der Apparat immerhin noch große Unkosten.

Auch sonst haben die Unternehmerverbände mancherlei geldliche Ansprüche zu erfüllen, denn sie haben durchweg Beziehungen zu über- oder nebeneordneten Organisationen, aus denen ebenfalls Beitragspflichten erwachsen. Der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes zum Beispiel, einer der Kontrahenten des Reichstarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten, gehört zunächst der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, als der Spitzenorganisation aller Arbeitgeberverbände an. Er ist sowohl im Hauptausschuß wie auch im Vorstand dieser Organisation vertreten. Der an die Vereinigung zu zahlende Beitrag richtet sich nach der jeweils im vorangegangenen Jahre aufgebrauchten Lohnsumme.

Daneben ist der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes dem Reichsverband der Deutschen Industrie angeschlossen, der für das Baugewerbe eine Fachgruppe "Bauindustrie" eingerichtet hat. Die Fachgruppe Bauindustrie ist, wie wir dem Geschäftsbericht des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes entnehmen, das Bindeglied zwischen der Spitzenorganisation und den einzelnen Unternehmerverbänden des Baugewerbes. Aufgabe der Fachgruppe ist die Bearbeitung von Eingaben an Regierung und Behörden; sie macht, sofern sie die Notwendigkeit für gegeben erachtet und dazu in der Lage ist, entsprechende Abänderungsvorschläge zu einschlägigen Gesetzesvorlagen und anderes mehr.

Mit dem unfern Lesern bestbekanntesten Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bildet der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes eine Arbeitsgemeinschaft, und mit dem Reichsverband Industrieller Bauunternehmungen eine Tarifgemeinschaft. Diese drei zuletzt genannten Verbände sind bekanntlich die Kontrahenten auf Arbeitgeberseite des Reichstarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten.

Darüber hinaus unterhält der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes Beziehungen zum Reichsverband für das Landeskulturbaugewerbe, einer Art Konkurrenzorganisation von ihm, die vor einigen Jahren von Sonderinteressen vertretenen ostpreussischen Unternehmern errichtet worden ist. Die zwischen diesen beiden Verbänden vorhandenen Unstimmigkeiten sind anscheinend nunmehr beseitigt. Alle das Landeskulturbaugewerbe betreibenden Firmen sollen demnächst zu einer Fachgruppe innerhalb des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes zusammengefaßt werden.

Starke Berührungspunkte hat der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes mit der Vereinigung für neuzeitlichen Straßenbau. Der überwiegende Teil der Mitglieder dieser Vereinigung gehört zugleich dem Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes an.

Zur gemeinschaftlichen Werbung und Heranholung von Aufträgen im Auslande wurde im September 1930 unter Führung des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes und unter Beteiligung von etwa 80 Mitgliedern das "Deutsche Auslandsbau-Syndikat G. m. b. H." ins Leben gerufen. Bisher sind leider die Aufträge ausgeblieben. Es wird jedoch, gestützt auf die Erfahrungen im Reparationsgeschäft, gehofft, daß, nachdem die notwendigen Verbindungen angeknüpft sein werden, auch die Erfolge sich einstellen.

International organisiert ist das Unternehmertum des Baugewerbes in der "Fédération Internationale du Bâtiment et des Travaux Publics".

Diese weitverzweigten organisatorischen Verbindungen bedingen natürlich Anforderungen, die bei den fortgesetzten sinkenden Einnahmen und der bereits erwähnten mangelnden Beitragsdisziplin in Unternehmerkreisen schwer erfüllbar sind. Es muß deshalb nach Mitteln und Wegen gesucht werden, um zu sparen. So ist auch der Gedanke entstanden, die drei am Reichstarifvertrag beteiligten Arbeitgeberverbände zu einem Verband zu vereinigen. Der Versuch ist fehlgeschlagen. Einer engeren Verbindung mit dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe stehen organisatorische Schwierigkeiten entgegen. (Welcher Art sie sind, wird im Bericht nicht näher ausgeführt.) Die Verhandlungen mit dem Reichsverband Industrieller Bauunternehmungen sind weiter geführt worden; bisher ohne Ergebnis. Die beiderseitigen Kommissionen sollen eine Basis suchen, auf der ein Zusammenschluß der beiden Verbände unter voller Wahrung der gegenseitigen Interessen möglich ist.

Ueber dem Suchen nach dieser Basis, von dem nicht feststeht, wie lange es dauern kann und ob es überhaupt Erfolg haben wird, ist aus den Kreisen des Gewerbes heraus ein neuer Gedanke aufgetaucht, der die Verschmelzung verwandter Verbände ablehnt, aber einen Zusammenschluß aller am Baugewerbe interessierten Kreise zu einer geschlossenen Baufront anstrebt. Wie und von wem eine solche Baufront gebildet werden soll, wird nicht näher ausgeführt; es wird zwar von einer Reichsarbeitsgemeinschaft aller deutschen Bauverbände gesprochen, doch fehlen Angaben darüber, was darunter zu verstehen ist.

Wir sehen aus dem Angeführten, wie die Wirtschaftskrise auch den Unternehmerorganisationen mancherlei Sorge macht. Sie werden jedoch, dessen dürfen wir sicher sein, dieser Sorge Herr werden; ihnen stehen vielerlei Hilfsmittel zu Gebote, die den Gewerkschaften verlagert sind. Dennoch werden auch die Gewerkschaften die Wirtschaftskrise überwinden. Voraussetzung ist: Unbedingte Erneuerung der Mitglieder.

Wird die Weltwirtschaftskrise überwunden werden?

In der Wiener "Arbeiterzeitung" veröffentlicht unter obigem Artikel Otto Bauer einen höchst beachtenswerten Artikel, in dem er nach einer Darstellung der früheren Krisen der Wirtschaft und deren Ueberwindung über die periodische Wiederkehr der Krisen und Konjunkturen nachstehendes ausführt:

"Die Kapitalistenklasse beherrscht den Produktionsapparat — die Gesamtheit der Maschinen, Apparate, Instrumente, Werkzeuge. Alle diese Produktionsmittel leben nicht ewig; jede Maschine wird einmal verbraucht, sie muß dann zum alten Eisen geworfen und durch eine neue ersetzt werden. Die durchschnittliche Lebensdauer der Arbeitsmaschinen beträgt ungefähr zehn Jahre. Diese alte Annahme hat erst vor kurzem wieder der Direktor des englischen statistischen Amtes bestätigt. Sollte der Geschäftsgang der Maschinenindustrie gleichmäßig sein, so müßten die Kapitalisten in jedem Jahre ein Zehntel ihrer Maschinen durch neue ersetzen. Die Kapitalisten verfahren aber anders.

In Jahren, in denen technische Umstellungen den Geschäftsgang verbessern, daher Preise und Profite steigen, erneuern die Kapitalisten einen großen Teil ihrer Maschinen; sie ersetzen die alten, verbrauchten Maschinen durch neue. Dadurch wird der Geschäftsgang der Maschinenindustrie belebt. Die starke Beschäftigung der Maschinenindustrie belebt den Geschäftsgang der Eisenhütten und der Stahlwerke. Deren Konjunktur belebt den Geschäftsgang des Kohlenbergbaues und der Kohlereien. Die Blüte aller Produktionsmittelindustrie belebt den Geschäftsgang der Industrien, die Verbrauchsgüter für ihre Arbeiter erzeugen. Aber nach einiger Zeit sind die alten Maschinen durch neue ersetzt. Nun hört die starke Beschäftigung der Maschinenindustrie auf. Die Industrien, die Produktionsmittel erzeugen, geraten in eine Krise, die sich auf die ganze Volkswirtschaft ausbreitet. Aber die Krise kann nicht ewig dauern. Ungefähr zehn Jahre nach ihrer Auslösung werden die in der letzten Aufschwungsperiode aufgestellten Maschinen unbrauchbar und müssen jetzt wieder durch neue ersetzt werden. Sobald ihre Ersetzung beginnt, beginnt ein neuer Aufschwung. Die Tatsache, daß alle zehn Jahre einmal ein großer Teil der Maschinen erneuert werden muß, hat schon Marx als die materielle Grundlage des industriellen Zyklus, als die technische Basis der periodischen Wiederkehr von Prosperitätszeiten und Krisenzeiten erwiesen.

In den Jahren 1922 bis 1928 sind in Amerika, in den Jahren 1924 bis 1928 in Deutschland sehr viele neue Maschinen aufgestellt worden. Sobald die Erneuerung der Maschinen beendet war, kam die Krise. Aber sobald die in der Rationalisierungskonjunktur aufgestellten Maschinen wieder erneuert werden müssen — also in Amerika ungefähr von 1932 oder 1933 an, in Deutschland ungefähr von 1934 an —, wird der Geschäftsgang der Maschinenindustrie und von ihr aus die ganze Volkswirtschaft von neuem belebt werden. Damit ist eine zweite wichtige Erkenntnis gewonnen: Eine Besserung des gegenwärtigen Geschäftsganges in der Weltwirtschaft wird kommen, sobald ein großer Teil der in der Zeit der Rationalisierungskonjunktur aufgestellten Maschinen erneuert werden muß.

Verstärkend kommt noch ein Drittes hinzu. Manche Produktionszweige, besonders die Bautätigkeit, sind vom Zinsfuß abhängig. Wo kein Mieterschutz besteht und die Bautätigkeit der kapitalistischen Baupetulation überlassen ist, dort bauen die Spekulanten Häuser, wenn sie sich das Geld zum Bauen billig beschaffen können. Nun braucht aber in Zeiten industriellen Aufschwunges die Industrie viel Geld zur Bezahlung von Rohstoffen und Arbeitslöhnen; daher treten in solchen Zeiten immer Geldknappheit und hoher Zinsfuß ein. Sobald aber der Zinsfuß hoch ist, schrumpft die kapitalistische Wohnbautätigkeit zusammen und werden dadurch die Industrien, die Baustoffe erzeugen, in eine Krise gestürzt, die sich auch auf andere Industrien ausdehnt. Im Verlaufe der Krise aber sinkt der Geldbedarf der Industrie; wenn die Geschäfte schlecht gehen, brauchen die Unternehmer weniger Geld zur Bezahlung von Rohstoffen und Löhnen, es treten Geldflüssigkeit und niedriger Zinsfuß ein. Dadurch werden die Wohnbautätigkeit und damit auch der Geschäftsgang der Baustoffindustrien belebt, mittelbar der allgemeine Geschäftsgang verbessert. Eine Besserung des gegenwärtigen Geschäftsganges wird also in den Ländern mit kapitalistischer Wohnungswirtschaft eintreten, sobald der niedrige Zinsfuß die Wohnbautätigkeit belebt.

Man kann aus diesen geschichtlichen Erfahrungen schließen: eine Besserung des Geschäftsganges in den großen kapitalistischen Ländern wird wahrscheinlich auch diesmal von der Belebung der Bautätigkeit ausgehen; sie wird verstärkt werden, wenn ein großer Teil der in der letzten Rationalisierungskonjunktur aufgestellten Maschinen verbraucht sein wird und erneuert werden muß; aber ein wirklicher Aufschwung wird erst kommen, wenn große technische Umstellungen, die Verwertung neuer großer Erfindungen der Technik dem Wirtschaftsleben neuen Anstoß geben werden."

Von großem Interesse ist auch, was Bauer über die Ohnmacht der Staatsgewalt in der Wirtschaftskrise bemerkt:

"Als Herbert Hoover zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt wurde, hat er den Wählern versprochen, dem Lande die "Prosperität" zu erhalten. Wenige Monate nach seiner Wahl brach die Krise ein. Seitdem bemüht sich Hoover, auf die Hilfsmittel des reichsten Landes der Welt gestützt, die Krise

zu bekämpfen. Vergebens! Alle seine Anstrengungen waren erfolglos.

Auch in den größten und reichsten Ländern hat es sich gezeigt: in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist der Staat gegen die Wirtschaftskrise ohnmächtig!

Das ist es, was wir die Anarchie, die Unbeherrschbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise nennen. Die Wirtschaft geht ihren Gang, der Staat ist unfähig, sie zu regulieren!

In der sozialistischen Gesellschaft würde das Gemeinwesen die Produktionsmittel beherrschen. Es würde dafür sorgen, daß jedes Jahr ein Zehntel der Maschinen erneuert werde und daß große technische Umstellungen nicht ruckweise vollzogen, sondern gleichmäßig auf die einzelnen Jahre verteilt werden. Damit würde der Wechsel zwischen Krisen- und Prosperitätsperioden aufgehoben. In der kapitalistischen Gesellschaft dagegen sind die Produktionsmittel Privateigentum der Kapitalisten. Die Reproduktion der verbrauchten, die technische Umstellung der veralteten Teile des Produktionsapparates werden nicht nach gesellschaftlichem Plan stetig und gleichmäßig vollzogen; sie erfolgen vielmehr ruckweise, wenn die Kapitalisten es profitabel finden, sie werden immer auf einige Jahre konzentriert und dann einige Jahre unterbrochen. Deshalb ist der Wechsel zwischen Prosperitäts- und Krisenperioden unvermeidlich und der Staat gegen ihn ohnmächtig, solange er das Eigentum an den Produktionsmitteln den Kapitalisten überläßt. Die Ohnmacht des Staates gegen die Wirtschaftskrise ist nichts anderes als ein anderer Ausdruck der Anarchie der Produktionsweise, die, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unaufhebbar, erst durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel aufgehoben werden kann.

Die Krise kann und wird also nicht durch Taten der Regierungen, noch Parlamentsbeschlüssen überwunden werden. Sie wird überwunden werden durch Anstöße, die aus der technischen Entwicklung und aus den Notwendigkeiten der technischen Reproduktion des Produktionsapparates kommen werden — also nicht durch die Politiker, sondern durch die Ingenieure. Aber sie wird, auch wenn sie überwunden wird, immer nur für wenige Jahre überwunden werden, um dann von neuem hereinzubringen — solange als sich die Menschheit diese wahnwitzige kapitalistische Gesellschaftsordnung gefallen läßt!"

Unser Jahrbuch gibt Auskunft

Schon heute können wir darauf hinweisen, daß den Zahlstellenvorständen in den nächsten Tagen unser Jahrbuch 1930 zugestellt wird. Das Jahrbuch soll in die Zahlstellenbibliothek eingereiht werden und den Verbandsfunktionären jederzeit zur Verfügung stehen. Es darf nicht so sein, daß ein Mitglied des Zahlstellenvorstandes das Jahrbuch irgendwo in einem Winkel legt. Dazu geben wir Jahrbücher des Verbandes nicht heraus. Das Jahrbuch unseres Verbandes soll eine Waffe sein, die der Funktionär im gewerkschaftlichen Tageskampf gebrauchen kann.

In unserem Jahrbuch findet der Leser Aufklärung über die verschiedensten Zusammenhänge im Wirtschafts- und Verbandsleben. Wie keine andere Quelle gibt das Jahrbuch Auskunft über alle Ereignisse im Wirtschafts- und Gewerkschaftsleben und es ist selbstverständlich, daß hierbei das Verbandsleben besonders berücksichtigt wird. Unser Jahrbuch gibt in einem Abschnitt Auskunft über die Wirtschaftslage des vergangenen Jahres. Es werden darin die Produktionsindizes mitgeteilt, Ziffern der Arbeitslosigkeit und Konjunkturverhältnisse, die es gestatten, einzudringen in die wirtschaftlichen und konjunkturellen Zusammenhänge, die unser Wirtschaftsleben im vergangenen Jahre maßgebend beeinflusst haben. In einem weiteren Abschnitt wird den Funktionären Auskunft gegeben über die Verhältnisse auf dem Geld- und Kreditmarkt. Alle Fragen, die gegenwärtig wieder auf dem Geld- und Kapitalmarkt eine Rolle spielen, kann der Funktionär in ihrer Entwicklung seit vielen Jahren im Jahrbuch nachlesen. Gelbmarkt, Gold- und Deckungsdevisen, die Einlagen bei den Sparkassen, Umfang der Spartätigkeit regional gegliedert, das alles sind Fragen, die im Abschnitt "Geld- und Kreditmarkt" behandelt werden.

Besonders wichtig ist es für den Funktionär, kennenzulernen, wie sich Preise und Löhne in den letzten Jahren entwickelt haben. In einigen Abschnitten des Jahrbuches findet der Funktionär alles Wissenswerte, was er besonders im gewerkschaftlichen Tageskampf braucht. Eine Fülle von Material für Lohn- und Tarifverhandlungen finden wir hier in schöner Zusammenfassung. Es ist selbstverständlich, daß in einem Abschnitt eine Uebersicht über die Entwicklung der Baustoffpreise und der Baukosten beigelegt ist.

Unser Jahrbuch gibt aber auch Auskunft über den Umfang der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion. Man kann behaupten, daß es kein namhaftes Gebiet der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion gibt, das hier nicht erörtert wird. In weiteren Abschnitten werden Handel und Handelspolitik, der Arbeitsmarkt und die Arbeitslosigkeit in den übrigen Ländern wiedergegeben. Anschließend an den Bericht über die Arbeitsmarktlage finden wir im Jahrbuch die Zusammenfassung der Konjunktur im Zimmergewerbe, die auf Grund von Fragebogen allmonatlich registriert wird. Es ist selbstverständlich, daß die Verhältnisse auf dem Baupolymarkt unsere Kameraden interessieren. Aus diesen Gründen ist der Abschnitt, der den Baupolymarkt und die Bautätigkeit behandelt, umfangreich. In einem weiteren Abschnitt werden die sehr bedeutungsvollen Vorgänge auf dem Gebiete der Sozialpolitik behandelt. Das Studium dieses Abschnittes im Jahrbuch kann den Funktionären nur dringend empfohlen werden. Wir finden dann weiter, den wirtschaftlich-sozialpolitischen Teil abschließend, Verhandlungen über Lohn- und Wirtschaftskämpfe

und das Ergebnis der amtlichen Lohnhebungen im Baugewerbe. Dann beginnt der eigentliche gewerkschaftliche Teil mit einer Uebersicht über die Bauarbeiter-Internationale und den Verband sozialer Baubetriebe.

Eine Fülle von Material wird der Funktionär beim Studium des Abschnittes „Unsere Lohn- und Tarifbewegung“ finden. Hier wird die Lohnentwicklung in allen Zahlstellen unseres Verbandes wiedergegeben, aber nicht nur die Löhne für Gesellen, sondern auch die Löhne der Poliere, Hilfspoliere und der Lehrlinge getrennt aufgeführt, so daß es dem Leser leicht möglich ist, sich ein Bild von der Entwicklung der Löhne und der Arbeitszeit in unserm Beruf zu machen.

Verfolgt man die Aufgliederung des Jahrbuches weiter, so findet man einen besonders umfangreichen Abschnitt, der das eigentliche Organisationsleben wiedergibt. Die Tätigkeit unserer Poliersektion, der Betriebsvertretungen, die Arbeiten der Gauleitungen werden ebenso ausführlich dargestellt, wie das schon in den Jahrbüchern der Vorjahre der Fall gewesen ist. Dieser umfangreiche Abschnitt gliedert sich weiter in die Teilgebiete, die die Jugend- und Bildungsarbeit behandeln. Außerordentlich interessant ist ferner der Abschnitt, in dem die Rechtsschutzfähigkeit des Verbandes erörtert wird. Wie in den vergangenen Jahren, so nimmt auch diesmal eine Uebersicht über die Tätigkeit des Verbandes und des ADGB auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes einen breiten Raum ein.

Jeder Verbandsfunktionär bekommt in einem umfangreichen Kapitel Auskunft über alle kassen-gewerkschaftlichen Vorgänge in unserm Verband. Detailliert werden hier Einnahmen und Ausgaben aufgeführt, so daß es jedem Kameraden möglich ist, das Finanzgebahren der Zentralkasse unter die Lupe zu nehmen. Das Jahrbuch schließt ab mit Berichten aus den Gauen. Hier findet der Funktionär die Tätigkeit seiner Gauleitung wiedergegeben.

Wie in den vergangenen Jahren, so enthält auch dieses Jahrbuch eine wertvolle Uebersicht über die Ereignisse im Wirtschafts- und Verbandsleben. Das Studium des Jahrbuches kann den Funktionären nur dringend empfohlen werden. Es gibt Auskunft über die wichtigsten Vorgänge auf allen Gebieten, die den Gewerkschaftsfunktionär interessieren und ihn unterstützen können bei der Durchführung seiner Aufgaben.

Senkung der Gesehungskosten und Konjunkturbelebung

Mit dem Wunderglauben, daß durch Senkung der Gesehungskosten (lies Löhne) eine Belebung der Konjunktur möglich werde, sollte es, so dürfte man annehmen, endgültig vorbei sein. Die Löhne sind in allen Industrie- und Gewerbebezügen zum Teil sehr erheblich gesenkt worden. Die freiwilligen sowie die amtlichen Schlichtungsstellen haben dabei wirksame Hilfe geleistet. Und das Ergebnis? Eine weitere Drosselung der ohnehin bereits stark geschwächten Kaufkraft der breiten Massen. Auch nicht für einen einzigen Zweig von Industrie und Gewerbe kann der Nachweis erbracht werden, daß nach Eintritt der Lohnsenkung die Zahl der Aufträge sich vermehrt, die der Beschäftigten eine Zunahme erfahren hätte. Der geringe Rückgang der Erwerbslosenziffern ist auf andere Ursachen zurückzuführen. Trotz alledem wird auch heute noch dem Lohnabbau das Wort geredet. — Wem nicht zu raten ist, dem ist nicht zu helfen.

Wie erinnerlich, waren auch in den Verhandlungen für das Baugewerbe die Unternehmer bestrebt, die Löhne so tief wie möglich herabzusetzen. Ueberhaupt wurden die Lohnverhandlungen in den Vordergrund gerückt mit der Begründung, daß schon wegen der Hereinnahme von neuen Aufträgen die Regelung der Löhne erste Voraussetzung sei. Die baugewerblichen Arbeiterverbände haben nach anfänglichem Widerstand in die alsbaldige Aufnahme von Lohnverhandlungen gewilligt. Was ist dabei herausgekommen? Die Erkenntnis, daß es die Unternehmer nur darauf angelegt hatten, so schnell wie möglich die Festssetzung der Löhne zu erwirken, weil sie mit Recht befürchteten, daß bei einem Hinauszögern der Verhandlungen die Lohnabbaupsychose zurückgehen und der von ihnen erwartete Erfolg stark beeinträchtigt werden könnte.

Die Verhandlungskämpfe um die Löhne im Baugewerbe sind unsern Lesern noch in frischer Erinnerung. Das Verhandlungsverfahren war diesmal ein etwas anderes: Parteiverhandlungen in den Lohn- und Tarifgebieten, Verhandlungen vor besonderen bezirklichen Tarifämtern und am Ende Verhandlungen vor einer zu diesem Zweck besonders gebildeten zentralen Schiedsstelle, letztere allerdings nur berechtigt zu Entscheidungen über die Spitzenlöhne in den einzelnen Bezirken.

Die Parteiverhandlungen waren ohne Erfolg. Die Unternehmer hatten unerschämte hohe Lohnabbauforderungen gestellt. Die von den bezirklichen Tarifämtern gefällten Schiedsprüche kamen in den allermeisten Fällen den Unternehmern sehr weit entgegen. Die Folge war, daß die zentrale Schiedsstelle in Tätigkeit treten mußte. Das Ergebnis der Verhandlungen ist bekannt, es brachte für alle Lohngebiete teils erhebliche Lohnherabsetzungen, bedeutete jedoch in verschiedenen Fällen eine Korrektur der von den bezirklichen Tarifämtern getroffenen Entscheidungen zugunsten der Arbeiter.

Die Verhandlungen vor der zentralen Schiedsstelle standen zeitweilig sehr kritisch. Der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes kommt auf sie in seinem Geschäftsbericht noch einmal zurück, indem er bemerkt:

„Da die Arbeitnehmerseite des Schiedsgerichts unter keinen Umständen überhaupt in Abbauanträge einzustimmen bereit war, waren die Arbeitgeber genötigt, demjenigen Vorschlag zuzustimmen, der den größtmöglichen Abbau mit sich brachte.“

Hier wird noch einmal bestätigt, daß der Lohnabbau allein mit den Stimmen der Arbeitgeberseite gegen den schärfsten Widerstand der Arbeiterseite erfolgt ist. Das

war auch der Grund, weshalb die Unternehmer von ihren Lohnabbauforderungen so weit zurückgehen mußten. Die Entscheidungen der zentralen Schiedsstelle befriedigten sie deshalb auch durchaus nicht. Anscheinend waren ihnen im Reichsarbeitsministerium weitergehende Zusagen gemacht worden, wie das in dem erwähnten Geschäftsbericht offen zugegeben wird:

„Im Gegensatz zu den Entscheidungen der bezirklichen Instanzen hat die zentrale Schiedsstelle überall einen geringeren Abbau als angemessen erachtet. Es bedarf wohl keines Hinweises, daß diese Entscheidung durch die Haltung der drei Unparteiischen beeindruckt worden ist. Während noch Wochen vorher in inoffiziellen Besprechungen von Vertretern aus dem Baugewerbe mit Regierungskreisen deutlich der Wunsch erkennbar war, dem Baugewerbe eine fühlbare Erleichterung durch eine verstärkte Herabsetzung der übersehten Spitzenlöhne zu verschaffen, waren anscheinend bis zur Entscheidung über diese Frage erhebliche Veränderungen eingetreten in der Einstellung der Regierungskreise, so besonders beim Reichsarbeitsministerium, daß überraschenderweise eine erhebliche Reduktion der bezirklichen Abbauvorschläge durch die drei Unparteiischen eintrat.“

Diese Feststellung mag dem Reichsarbeitsministerium nicht gerade angenehm sein. Uns war sie bekannt. Aber sie überrascht uns auch nicht. Wir wissen, daß man im Reichsarbeitsministerium den baugewerblichen Arbeitern und ihren Organisationen nicht gerade wohlgesinnt ist. Das haben wir bei früheren Gelegenheiten wiederholt erfahren. Allein, damit haben wir uns abgefunden. Wenn im vorliegenden Falle das Reichsarbeitsministerium in etwas eingelenkt hat, so ist das vielleicht dem Einfluß des Reichsfinanzministeriums zuzuschreiben, das sehr bald erkannt hat, von welchen Auswirkungen der Lohn- und Gehaltsabbau vornehmlich für die Steuereinnahmen des Reiches werden würde.

Allein, nun möchten auch wir an die Unternehmer des Baugewerbes die Frage stellen: Wo bleiben die Bauaufträge, die, wie uns in den Verhandlungen mehr als ein Duzendmal versichert worden ist, nur deshalb angehalten würden, weil die Löhne im Baugewerbe nicht geregelt seien? Wir haben daran nie geglaubt und stets dem Standpunkt vertreten, daß die Lohnkosten nicht den entscheidenden Faktor bilden, wie das die Unternehmer behaupten. Selbst der größte Lohnabbau bringt nicht einen einzigen Bauauftrag mehr herein. Im Gegenteil haben sich auch diesmal bei früheren Gelegenheiten gemachte Erfahrungen bestätigt, daß in Gebieten mit dem stärksten Lohnabbau die Arbeitslosenziffer am höchsten ist.

Man sollte endlich den Wunderglauben aufgeben, daß durch eine Senkung der Löhne die Konjunktur belebt werden könne. Das ist in keinem Industrie- oder Gewerbebezüge möglich. Gedrosselte Kaufkraft zwingt zur Einschränkung auf allen Gebieten des Lebens. Sie muß daher folgerichtig von rückläufigem Einfluß auf die Konjunktur sein. Wer heute noch das Gegenteil behauptet, tut der Wahrheit Gewalt an.

Nach Golde drängt, am Golde hängt . . .

Der geniale Goethe ruft resigniert in seinem Faust: Nach Golde drängt, am Golde hängt doch alles, ach, wir Armen! Leider ist es 120 Jahre, nachdem Goethe diese Verse niedergeschrieben hat, nicht anders geworden mit dem Drängen nach dem Golde. Gerade die letzten Wochen zeigten das zur Genüge. Der Kapitalismus hat die Jagd nach dem Golde noch verstärkt, und das Drängen nach dem Golde hat katastrophale Formen angenommen.

Nun finden wir in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ einen interessanten Artikel, in dem sich Genosse Joseph Wendel, Berlin, mit den Fragen der Goldproduktion und der Goldverteilung befaßt. Wir entnehmen daraus folgendes:

Die jährliche Weltgoldproduktion hatte in den letzten Vorkriegsjahren etwa 700 000 Kilogramm oder etwas über 1900 Millionen Mark betragen, während des Krieges belief sie sich auf etwa 650 000 bis 700 000 Kilogramm, ging nach dem Kriege in den Jahren 1920 bis 1922 auf 500 000 Kilogramm, also um ein volles Drittel gegenüber der Vorkriegszeit, zurück. Seitdem ist sie aber wieder langsam gestiegen und immerhin 1929 auf einem Stande von 628 000 Kilogramm angelangt. Ueber 50 % entfallen auf das Transvaalgebiet, in weitem Abstand folgen die Vereinigten Staaten, die heute nur noch ein Fünftel der südafrikanischen Produktion gewinnen. Die australische Goldproduktion beträgt heute nur noch den vierten Teil der Vorkriegsmengen, während die kanadische Goldgewinnung in den letzten Jahren zugenommen hat und die mexikanische wiederum einen Rückgang zeigt. Rußlands Goldgewinnung, die zeitweilig völlig daniederliegt, hat jetzt wieder die Vorkriegszahlen erreicht.

Die Goldproduktion betrug in Kilogramm:

	1913	1929
Transvaal (einschl. Cap, Natal, Rhodessia)	295 150	341 150
Vereinigte Staaten	133 741	66 188
Mexiko	28 969	19 203
Kanada	24 976	59 946
Rußland	39 885	(1928) 37 328
Australien, Neuseeland	69 249	16 965

Die Aussichten für die Goldgewinnung in der Zukunft sind nicht sehr günstig. Man prophezeit für das laufende Jahrzehnt einen dauernden Rückgang der Produktion bis auf 75 % der gegenwärtigen. Am meisten, auf etwa 60 %, wird die südafrikanische Erzeugung zurückgehen. Das vorläufiglich starke Sinken der Transvaalgewinnung wird damit begründet, daß die dortigen Produktionskosten relativ hoch sind. Inmerhin ist es nicht ausgeschlossen, daß eine Herabdrückung dieser Kosten durch verbesserte technische Verfahren die kommenden Produktionsverhältnisse nicht ganz so ungünstig gestalten wird.

Kameraden werbt unermüdet für den Verband!

Von der jeweiligen Goldherzeugung wurden bis zum Krieg etwa 55 bis 65 % für monetäre, 35 bis 40 % für industrielle Zwecke verbraucht. Das Kunstgewerbe, das vor dem Kriege noch etwa 20 bis 25 % Gold aufnahm, dürfte heute kaum mehr den sechsten Teil der ganzen Goldgewinnung für sich in Anspruch nehmen. Das für Schmuck- und Industriebedarf verwendete Gold wird meist dauernd festgelegt, wenn auch Einschmelzungen während des Weltkrieges in den einzelnen Ländern stattgefunden haben. Auch die russische Revolution hatte nicht unerhebliche Einschmelzungen von Goldschmuck im Gefolge. Schon vor dem Kriege hatte sich infolge des immer weitergehenden Uebergangs der europäischen Länder zur Goldwährung das Gold in den Notenbanken konzentriert. Nach dem Kriege hat dieser Konzentrationsprozeß weitere Fortschritte gemacht, wie gleichzeitig auch wesentliche Verschiebungen im Goldbestand der Notenbanken in den einzelnen Ländern eingetreten sind.

Der gesamte statistisch erfassbare (das in Schmuck usw. verwandelte Gold ist nicht sicher zu schätzen) Goldbestand der Welt beträgt heute etwa 56½ Milliarden Mark, von denen über 49 Milliarden Mark auf monetären Goldbestand der Notenbanken (Münzen oder Barren) entfallen, darunter auf Europa fast 21½ Milliarden Mark, auf die Vereinigten Staaten 19 Milliarden Mark. In den Rest von 9 Milliarden Mark teilen sich Kanada, Argentinien, Brasilien, Japan und Australien. Weitere 7 Milliarden Mark dürften auf indische und ägyptische Goldhaltung entfallen. 1913 hatten die monetären Goldbestände der Welt etwa 37½ Milliarden Mark betragen, von denen etwa 22 Milliarden Mark bei den Notenbanken lagen, während 15½ Milliarden Mark im freien Verkehr waren. Die Vereinigten Staaten, deren Notenbestand 1913 nur 5½ Milliarden Mark betrug, haben denselben beinahe vervierfacht. Die Goldverschiebungen im Bestand der Notenbanken gibt nachstehende Tabelle wieder:

	Mitte 1914 Milliarden Mark	Mitte 1930 Milliarden Mark
Vereinigte Staaten	5,42	19 030
Deutschland	1,31	2 680
England	0,80	3 220
Frankreich	3,27	7 240
Italien	0,89	1 500
Rußland	3,36	0 787
Spanien	0,42	2 000
Schweiz	0,14	0 470
Holland	0,27	0 730
Belgien	0,24	0 700

Der Goldbestand der Deutschen Reichsbank, der um die Jahrhundertwende kaum 1 Milliarde Mark betrug, war bis zum Beginn des Weltkrieges auf etwa 1,3 Milliarden Mark, während des Krieges auf 2½ Milliarden Mark gestiegen. Nach Ausgang des Krieges und in der nachfolgenden Inflation nahm er stark ab, bis es dann in der Folgezeit gelang, wieder steigende Goldmengen an sich zu ziehen, so daß sich der Goldbestand etwa auf 2½ Milliarden Mark erhöhte. Wie aber trotz aller Vorsichtsmassnahmen ein Schwinden der Goldbestände möglich werden kann, zeigen die Erscheinungen der letzten Wochen. Frankreich und England haben gegenüber der Vorkriegszeit ihren Goldbestand um ein Mehrfaches gehoben. Das außer bei den Notenbanken vorhandene, vor dem Kriege im freien Verkehr zirkulierende Gold ist heute völlig aus letzterem verschwunden. Zu den Goldbeständen der Notenbanken treten dann noch die Golddevisenbestände, die auf etwa 10 Milliarden Mark für die gesamten Wirtschaftsländer der Welt geschätzt werden, von denen allein auf Frankreich über 4 Milliarden Mark entfallen, auf Italien 1 Milliarde Mark, während der Golddevisenbestand der Deutschen Reichsbank sich nur auf einige hundert Millionen Mark beläuft.

Wenn auch die einzelnen europäischen Länder heute fast durchweg eine stabilisierte Goldwährung besitzen und zu deren Aufrechterhaltung und Sicherstellung entsprechende Goldbestände in ihren Notenbanken angehäuft haben, so sind doch eine ganze Reihe von Goldwährungssystemen zu unterscheiden. Eine Goldbarrenwährung besitzt im wesentlichen nur England, eine Goldumlaufwährung mit gesetzlicher Einlösungspflicht der Noten besitzen Frankreich und die nordischen Staaten. Aber auch diese gesetzliche Einlösungspflicht braucht nicht immer zu bestehen; sie ist teilweise aufgehoben oder aufgehoben, wie zum Beispiel in den österreichischen Nachfolgestaaten. Neben der Goldumlaufwährung kann man eine Golddevisenwährung mit gesetzlicher Einlösungspflicht der Noten in Golddevisen unterscheiden, wie bei uns in Deutschland.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Statistische Erhebungen im Verbandsgebiet

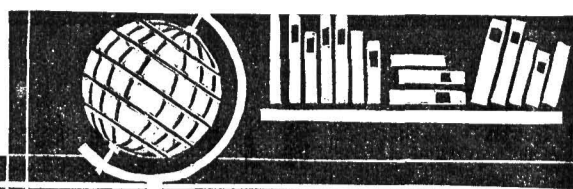
Auch für dieses Jahr finden in der Woche vom 24. bis 29. August in allen Zahlstellen statistische Erhebungen wie im Vorjahre statt. Das Material ist allen Gauleitern zugestellt und wird in kurzer Zeit den Zahlstellen zugesandt werden. Wir bitten die Zahlstellenvorstände rechtzeitig mit den Vorarbeiten zu beginnen, damit auch diese Erhebungen gewissenhaft und gründlich durchgeführt werden.

Ausschluß von Mitgliedern

Wegen Vergehens gegen den § 7 Absatz 3 der Verbandsatzungen wurden in Falkenstein Max Röß (Verb.-Nr. 74 189) und in Nürnberg Karl Marzaffel (18 307) aus dem Verbanne ausgeschlossen.

Der Zentralvorstand.

UNTERHALTUNG WISSEN



Wir fahren um die Welt

Wer wirft den ersten Stein?

Ich hätte dir nichts vom „Passar Hari“ zu erzählen brauchen, ich hätte schweigen und diese „Schattenseite“ des Lebens übergehen können. Aber wo Licht ist, da gibt es auch Schatten: und wir fahren um die Welt, um sie zu sehen, wie sie ist; nicht um eines der rosigten Schwindelbücher mehr zu schreiben. Wir sehen die Dinge, die Tatsachen und vergessen dennoch darüber die Schönheit nicht.

Also: Passar Hari. Stelle dir vor, du wärest der Pflanzler oder Angestellte. Du sähest sechs Monate lang — vielleicht auch „nur“ drei — auf einer Plantage in den Bergen Sumatras. Du müsstest dich von der Sonne brennen, braten lassen; und nachts schüttelte dich Kälte. Du sähest nichts um dich als die Gesichter der Farbigen, dieser stumpfen Arbeiter: sie bleiben nicht bei der Stange, ist man nicht hinterher. Ja, sähe man wenigstens wie der Bauer daheim auf der eigenen Scholle: so aber, was ist man schon? Ein Angestellter der Aktiengesellschaft in London, Amsterdams oder Newyork. Man muß ihr dienen, möglichst viel Zuckerrohr oder Tabak hereinbringen — sonst wird ein anderer Verwalter hergeseht und die harte Arbeit der Jahre war für die Ras'. Man hat nicht einmal soviel zusammen, daß man in Europa etwas Gesehtes damit anfangen könnte. Was bleibt übrig? Man muß aushalten. Noch zehn Jahre, vielleicht fünfzehn...

Wenn nur nicht diese langen Abende wären!... So ein Abend in den Tropen. Hoch in den Bergen, hunderte Meilen weit der nächste Weiße... Und mit der Frau, das ist auch so eine Sache... Vor sechs Jahren hast du geheiratet, hast sie mit herausgebracht von Europa. Der Himmel hing ihr voller Geigen: „Die Tropen, das ist wunderbar! Welch ein herrliches Leben.“ Mein Gott, das ist lang vorbei, das war damals... Ihre Haut ist gelb geworden, und die Kinder sehen auch nicht gesund aus. Man muß das mit in Kauf nehmen: nichts wird einem geschenkt. Wenn nur die Frau gebuldiger wäre, nicht jeden Tag sähnste: „Welche Enttäufung, dieses Tropenleben! Wenn ich das vorher gewußt hätte...“ Und du erinnerst dich an deine Mutter — sie ist lange tot — wie sie die Kinder aufgezogen und alle Hände voll zu tun hatte. Deine Frau aber: die Babus (farbige Dienerinnen) schaffen ja die ganze Arbeit. Den Tag über liegt sie im Stuhl auf der Veranda und schmökert. Diese dummen Bücher schaffen nur noch mehr Unzufriedenheit... Die Nerven ertragen die Einsamkeit nicht, immer faßelt sie von einer neuen Europareise. Als ob das nichts kostete, das Geld so leicht verdient wäre... Dem R., drüben in R., dem gehts auch nicht besser. Man muß sein Schicksal tragen. In ein paar Wochen ist Passar Hari... Hoffentlich fällt die Ernte gut aus!... Eine bessere Plantage müßte man bekommen, Hauptverwalter werden. Dann, vielleicht noch fünf Jahre nur... Dann, gewiß: Adieu!

Bald ist Passar Hari: man wird alte Bekannte wiedersehen und den ganzen Rummel für kurze Zeit vergessen. Wie lang ist so ein Abend...

Du begreifst doch, Leser? Du, der in der Stadt oder nahe einer Stadt lebst. Nicht ausgeworfen auf einer fernen Insel, abgetrennt hoch oben in den Bergen. Willst du den ersten Stein werfen? Denke, wenn du selbst... Und vergiß nicht die ewige Wahrheit: oben gibts Narren und unten gibts Narren; ich sah Kulis, jämmerliche Plantagenarbeiter, die ihr bißchen Geld ebenso dumm vergeuden wie ihre „Herren“. Und ich weiß von Verwaltern, die sich nicht betrinken und nicht randalieren. Nicht einmal, wenn Passar Hari ist. Und die es tun — weshalb sollen sie nicht?

Wer wirft den Stein?... Keiner hat ein Recht, bevor er sich nicht selbst erprobt hat. Und auch dann wird er sich hüten. Es gilt zu verstehen, das ist genug. Zu verzeihen — das ist eine Annahmung, eine Frechheit. (Wir fahren um die Welt: du und ich, sehen die Dinge, die Tatsachen; den moralischen Reim, das billige Sprüchlein — wir lassen es den Weltfernen. Den Muckern in allen Lagern.)

Durch die südliche Malakkastraße.

Bald werden wir in Singapur sein. Seit dem frühen Vormittag schwimmen wir in der südlichen Malakkastraße. Ziehen vorüber an großen, kleinen Inseln. Bald sind es kleine Bröckchen in der grün schimmernden See, bald tauchen sie in Gruppen auf. Kokospflanzungen oder Wildnis, Mangrovensümpfe und wilde Palmen am Ufer.

Oftmals sind wir so dicht bei, daß die Pfahldörfer der Eingeborenen mit dem bloßen Auge scharf zu sehen sind. Braunschwarze, jämmerliche Hütten... In der engen Fahrstraße zittert die Luft schwer, gewitterschwül. Ich bin oben auf dem Vorderschiff und lausche durch die Stille wie die Schraube wühlt und wühlt. Immer vorwärts...

In sechs Stunden aber werde ich von diesem Schiff gehen, das so viele Tage und Nächte Seeheimat war und gute Geborgenheit. Von diesem blühblanken deutschen Schiff, das mich mit Unterbrechungen bis hier heraus brachte. Es ist ein gutes Schiff, lief zuverlässig seine Meilenzahl durch Sonnenglut und Sturm und Gewitter. Und die Passagiere: nur eine Handvoll; sie verstanden sich famos; der Ingenieur und Pflanzler aus Manila; der berühmte Gelehrte und seine Frau, die zurückkehren nach der chinesischen Universität; der gefaschte und belebte Kapitän; der unruhvolle, dennoch gelassene und hart

arbeitende Schriftsteller — eine selten harmonische Tafelrunde.

Auf Wiedersehen: Schiff und Menschen! Andere Länder warten, andere Schiffe, andere, neue Weiten.
Kurt Offenburg.

Der Sozialismus und die Frauen

Die Zahl der Frauen, die nicht den Mut oder die Kraft haben, sich mit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen, ist leider immer noch sehr groß. Oft ist es nicht leicht, diese Frauen zum klaren Durchdenken ihres Lebenskreises und zum Erfassen wirtschaftlicher Zusammenhänge zu bringen. Drei kleine Hefchen, die die Sozialdemokratische Partei soeben zur Frauenwerbung herausgab, können da nützliche Hilfe leisten.

„Wer verteuert Dir das Leben?“ fragt das erste. Es zeigt, wie die Preise der Wohnungen, der Lebensmittel, der Bedarfsartikel ebenso wie die Höhe der Löhne in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft von einem Faktor ausschlaggebend bestimmt werden: dem rücksichtslosen Profitwillen des Kapitals. Das zweite Hefchen mit dem Titel „Was geht Dich der Marxismus an?“ führt diesen Gedankengang weiter. Die Erkenntnis von Karl Marx, daß erst durch eine neue, sozialistische Gesellschaftsordnung die Profitgier des Kapitalismus ausgeschaltet werden kann, wird hier ganz kurz und jedem verständlich dargestellt. Weshalb die Frau an diesem Werk mitdenken muß? Es mag noch Frauen geben, die solche naive Fragen stellen. Ihnen wird die Antwort: weil die Frau ebenso wie der Mann im Lebenskampf steht. Heute arbeiten in Deutschland über 11 1/2 Millionen Frauen beruflich, davon sind 8 1/2 Millionen über 20 Jahre alt und ledig, verwitwet oder geschieden. Und die Frau, die „nur“ Hausfrau und Mutter ist? Die Mutter entscheidet: Krieg oder Frieden, sagt das dritte Hefchen. Der Krieg hat die unmündigen Kinder hungern und verkümmern lassen, hat die Söhne auf dem Schlachtfeld zerrissen und verflümmelt, die Frauen zu Witwen gemacht. Es gibt nur eine Sicherung dagegen, daß dieses Grauen sich wiederholt: Schule, Gemeinde und Staat dem Geist des Friedens zu öffnen durch die tatkräftige Mithilfe der Frauen, der Mütter.

Die drei Hefchen sind recht geeignet, Verständnis für Sinn und Aufgaben der Sozialdemokratie in weite Kreise zu tragen. Jede der kleinen Schriften ist 8 Seiten stark und mit einer Illustration versehen. Der Preis beträgt pro Stück 5 S.; jede Volksbuchhandlung hat die Schriften vorrätig.

Flachdach-Dämmerung

Der alte Goethe hat behauptet: „Frankfurt am Main sticht voller Merkwürdigkeiten.“ Das trifft besonders in baulicher Hinsicht zu. Seit einigen Jahren experimentiert man dort mit dem Flachdach. Ganze Siedlungen wurden in dieser Art erstellt. An sich sind wir nicht Gegner einer bestimmten Richtung in der Architektur, weil unsere Kraft ja nicht ausreicht, um gegen diese Baumoden anzukämpfen. Wir sind überzeugt, daß auch das Steildach wieder seine Renaissance erleben wird. In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir, daß man mit dem Flachdach noch keine besonders guten Erfahrungen gemacht hat. Erfahrene Bauleute in Frankfurt am Main haben schon immer behauptet, daß die eigentlichen Steildächer in einigen Jahren auf die Flachdächer gesetzt werden. Uns würde das freuen! Nun scheint es soweit zu sein. Wenigstens hat der Magistrat der Stadt Frankfurt beschlossen, die Konrad-Haenisch-Schule mit einem richtiggehenden Holzdach zu versehen. Die genannte Schule wurde vor einigen Jahren errichtet und mit einem Flachdach versehen, weil das „zeitgemäß“ war. Nun regnet es dauernd in die Räume der Schule und des Schulverwalters, der sich unter dem Flachdach der Konrad-Haenisch-Schule durchaus nicht wohlfühlt, weil sich seine Wohnung bei einem Regen in ein Brausebad verwandelt. Man kann ihm nachfühlen, daß das nicht angenehm ist. Da außerdem das gesamte Mobiliar durch Wasserschaden stark gelitten hat, beantragte er beim Magistrat eine Entschädigung von 3000 M. Doch das nur nebenbei. Wir lassen am besten die „Frankfurter Zeitung“ vom 9. Juli sprechen, die darüber folgendes zu berichten weiß: Daß es durch das Dach der Konrad-Haenisch-Schule regnet, wußte man seit geraumer Zeit, nachdem der Verwalter des Schulgebäudes einen Prozeß gegen die Stadtgemeinde wegen Schadenersatzleistung angestrengt hatte. Der Schulverwalter, der beim Hochbauamt kein Entgegenkommen fand, erreichte auf gerichtlichem Wege eine Entschädigung von über 3000 M für die an seinem Mobiliar angerichteten Wasserschäden. Die Verantwortlichkeit hat sich damals bereits mit der Frage der Verantwortlichkeit für die mangelhafte Bauausführung des Schulhausdaches befaßt. Leider ist jedoch bis heute noch keine Klarheit darüber geschaffen, und auch die jüngste Magistratsvorlage, die am Dienstag in der Stadtverordnetenversammlung zur Debatte gestellt werden sollte, infolge eines Mißverständnisses allerdings ohne Aussprache dem Ausschuß überwiesen wurde, stellt lediglich fest, daß man die Frage prüfe. Man wird sich wundern

müssen, wieso eine solche Klarstellung der Verantwortlichkeit Wochen und nochmals Wochen in Anspruch nimmt. Hoffen wir, daß die Untersuchungen ein positives Resultat zeitigen und nicht mit der „Feststellung der Prüfung“ sich begnügen.

Es ist übrigens interessant, aus den jetzt gemachten Angaben einiges Nähere über diese regen durchlässige Decke zu erfahren. Die Kosten, die zu ihrer Renovierung angefordert werden, belaufen sich auf rund 55 000 M. Dazu treten Beträge für Ausbesserungen an den Wandverkleidungen, an den Fensterdichtungen und Inneneinrichtungen, so daß die Gesamtbeträge auf rund 119 000 M auslaufen. Die Konstruktion des Schulhausdaches, der diese Schäden zu verdanken sind, sieht nach Angaben des Magistrats folgendermaßen aus: Die ursprüngliche Eisenbetondecke war überlagert von einer Bimsbetonschicht und einer Dachhaut aus zwei Pflasterschichten mit eingelegtem Jutegewebe; unter der Massivdecke befand sich eine Isolierung aus Korkplatten. Für diese Konstruktion hatte die Baufirma eine Garantie auf zwölf Jahre gegeben. Als sich Undichtigkeiten und Risse bildeten in der Decke einstellten, hat die Firma auch tatsächlich mehrfach für Reparaturen Sorge getragen. Um jedoch weiteren Rissebildungen vorzubeugen, beschloß man, die ursprüngliche Decke mit einer weiteren Schicht aus Celotexplatten, wieder mit Pflasterschichten, zu überdachen. Genügt hat diese Reparatur ebensowenig wie die vorhergegangenen Ausbesserungen. Dafür war aber die ausführende Baufirma ihrer Garantie ledig, da diese sich allein auf die ursprüngliche Decke erstreckte, und man jetzt nicht mehr feststellen konnte, ob nicht die neuen Undichtigkeiten auf die Einwirkungen der später angebrachten Überdeckung zurückzuführen waren. Zumindest hätte in jedem Falle bei Beanspruchung der Garantie erst die obere neue Deckenschicht entfernt werden müssen, um festzustellen, ob an der ursprünglichen Decke die Fehler lagen.

Die Aussicht auf Reparaturen ohne Unterlaß und ohne die Möglichkeit, die Baufirma beanspruchen zu können, haben nun den Magistrat bewegt, mit der bisher geübten Flickarbeit zu brechen und die Aufbringung eines ganz neuen Holzdaches vorzuschlagen. Das gilt nicht nur für das Schulhausdach, sondern auch für das Dach über den Wohnflügel.

Neben den Deckenreparaturen sind selbstverständlich auch die durch das Eindringen des Wassers in den Innenräumen verursachten Schäden zu beheben.

Das ist recht und gut so! Wir Zimmerer freuen uns besonders, wenn auf die Frankfurter Flachdächer allmählich Steildächer gesetzt werden. Die Vorgänge zeigen mit aller Deutlichkeit, daß doch allmählich eine Flachdach-Dämmerung einsetzt. Hoffen wir, daß diese Baumode bald ihr Ende findet. Im Interesse unserer Kameraden wäre das zu begrüßen.

Ein elektrisch geheizter See

Während die Arbeiterklasse, besonders in Deutschland, bitterste Not leidet, lebt das vornehme Bürgertum in Gaus und Braus. Die bürgerliche Presse teilt ihnen die Annehmlichkeiten mit, die sie im Auslande haben können. Kürzlich lasen wir im „Berliner Tageblatt“ folgendes:

Im Bestreben, den Gästen immer neue Annehmlichkeiten zu bieten, hat die Schweizer Technik einen kühnen Schritt im Dienste des Fremdenverkehrs unternommen. Der durch sein Strandleben bekannte Kurort Klosters in Graubünden arbeitet seit langem daran, durch elektrische Heizung das Wasser seines Sees künstlich zu erwärmen. Zunächst war es im letzten Jahre gelungen, eine elektrische Vorwärmaneinrichtung zu schaffen, die immer wieder große Mengen warmen Wassers in den See laufen ließ. Damit konnte die Temperatur an kühlen Tagen so warm erhalten werden, daß bei Wiedereinsetzen des warmen Wetters die Badetemperatur sofort erreicht war. Eifrige Versuche haben nun im Laufe des Winters und Frühlings ein neues Verfahren herausgebracht, das die Temperatur des ganzen Sees ständig auf 20 bis 21 Grad erhält.

Interessant ist, daß der See zu einem Wassertraffsystem gehört, von dem das große Elektrizitätswerk in Rublis gespeist wird, das auch den Strom für die Heizung des Sees von Klosters liefert. Der See heizt sich also eigentlich von selbst! Die große Anziehungskraft, die Klosters durch sein warmes Strandbad auf 1250 Meter Höhe inmitten seiner wunderbaren Landschaft mit ihrer kräftigen Luft und der starken Höhen Sonne schon im letzten Jahr gewonnen hat, ist die beste Anerkennung für die kühne Unternehmungslust eines zwar schon seit jeher beliebten, aber doch verhältnismäßig kleinen Fremdenplatzes.

Hunderttausende von Arbeitern wissen nicht, wo sie die Kohlen hernehmen sollen, um sich eine Suppe zu kochen. Hier läßt sich die vornehme Welt einen Alpensee erwärmen. Es ist doch eine widersinnige Welt!

Wie tief ist das Meer?

An und für sich macht das Wasser auf der Erde nur einen ganz kleinen Teil des ganzen Erdbolumens aus. Nur den 800. Teil des ganzen Erdballs stellt das Wasser. Aber auf der Erdoberfläche finden wir mehr Wasser als Land. Fast drei Viertel der Erdoberfläche wird vom Wasser, vom Meer, angefüllt.

Welch ungeheure Tiefe diese Meere haben, das zeigt uns ein Beispiel. Denken wir uns die Erdoberfläche völlig glatt, also ohne Meeresküsten und ohne Berge, dann würde das Wasser der Meere, über diese Erdoberfläche verteilt, eine Höhe von 2600 Meter bringen.

Ueber ungeheuren Tiefen vollzieht sich also der Schiffsverkehr zwischen Land und Land.

Werdet Mitglied der Büchergilde Gutenberg!

Ankunft erteilen die Vertrauensleute des Deutschen Buchdruckerverbandes

Unsere Lohnbewegungen

Gesperet ist die Expeditionsfirma Kehlert in Tschöe wegen Lohndifferenzen sowie die Siedlungsbauten der Firma Hartwig in Lökmitz i. V. wegen Nichtzahlung der Auslösung. Vor Zutug wird gewarnt.

Berichte aus den Zahlstellen

Braunschweig. In den drei Bezirksversammlungen in Braunschweig, Wolfenbüttel und Wenden in den Monaten Juni und Juli wurde vom Vorsitzenden über die neue Notverordnung berichtet. Besonders stark unterstrich er in seinen Ausführungen den Abschnitt zur Arbeitslosenversicherung, der die Kameraden augenblicklich am härtesten trifft. Besonders in den letzten Jahren hat man mit allem Nachdruck von Seiten der Regierungen immer wieder versucht, die Bauarbeiter zu beruflich Arbeitslosen zu degradieren. Leider hat die Wirtschaftskrise nirgends so große Wunden geschlagen als bei den Bauarbeitern. Die neue Notverordnung hat erneut das Baugewerbe getroffen. Anzeichen auf eine Reform der unbilligen Härten, die diese Notverordnung vorsieht, sind in den letzten Tagen durch Aeußerung der Regierung Brüning angedeutet worden. Wir wollen hoffen, daß so viel Einsicht unter den Verhandeln besteht, und daß man uns als Menschen gleichen Rechts auch in der Arbeitslosenversicherung gelten läßt. Die Diskussion brachte zum Ausdruck: Schnellste Revision oder Beseitigung dieser Verordnung. Folgende Protestresolution fand einstimmige Annahme: „In einer Zeit, wo die Arbeiterschaft zu Millionen dem Elend und Hunger preisgegeben ist, wo mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsstellen die Lohnsenkungsaktion der Unternehmer durchgeführt, dadurch die Kaufkraft erheblich vermindert und der Hunger gesteigert worden ist, erließ am 5. Juni die Reichsregierung eine Notverordnung zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen, die in der Verteilung der Lasten nichts von Gerechtigkeit in sich trägt. Am deutlichsten erblickt man diese Ungerechtigkeit in der Behandlung der Saisonarbeiter in der Arbeitslosenversicherung und in der Verteilung der Krisensteuer. Schon in diesen genannten Teilen ist der reaktionäre Geist der Verordnung ersichtlich. Hierbei hat die Regierung versagt, die notleidenden Arbeitermassen des Staates zu schützen. Ein unbeschreibliches Elend ist durch diese Verordnung der Reichsregierung in die arbeitenden Massen getragen worden und deren Lebenszeit in Frage gestellt. Gegen dieses Unrecht erheben die Zimmerer der Kreise Braunschweig und Wolfenbüttel den allerschärfsten Protest und erwarten, daß alle maßgebenden Stellen ihre Kraft für eine baldige Reform einsetzen mögen, die eine gerechte Verteilung der Lasten und Beseitigung der Sonderstellung der Bauarbeiterschaft in der Arbeitslosenversicherung vorsieht. Gegebenenfalls ist für eine sofortige Aufhebung der Notverordnung einzutreten. Wir erwarten auch von den Organisationen der Arbeiterschaft, daß sie alle Kräfte anspannen werden, um die unbedingt schnelle, notwendige Aenderung dieser Notverordnung herbeizuführen.“ — In Wolfenbüttel wurde die Meinung der Bauarbeiter kritisiert, die bei ihrem Lohnstreik im April unsern Zimmerern Streikbruch vorwarfen. Es muß festgestellt werden, daß dieses nicht zutrifft, sondern daß unsere Wolfenbütteler Kameraden nur nach den Anweisungen des Zahlstellenvorstandes gehandelt haben, der in enger Fühlung mit dem Baugewerksbund gestanden hat. Zu beachten ist, daß die Wolfenbütteler RGO-Größen den Abbruch des Kampfes frühzeitig in die Wege leiten mußten, um noch aus der Sadgasse zu entkommen. In Wenden mußte der Vorsitzende besonders auf die Vereinbarung der Löhne am Mittellandkanal eingehen.

Celle. Am 24. Juni starb der Gründer unserer Zahlstelle, Kamerad Christoph Lambrecht, im Alter von 73 Jahren. Kamerad Lambrecht trat als fremder Zimmergenosse am 25. März 1884 in Lüneburg dem Verbands bei. Im Sommer desselben Jahres kehrte er nach seiner Heimatstadt Celle zurück. Hier begann auch seine Tätigkeit für die junge Organisation. Unermüdet war er für den Verband tätig, war doch der Boden für diese neue Vereinigung in Celle ein recht steinig. Die damaligen Zimmerer hingen mit Leib und Leben an ihrer alten Zunft. Doch ist es der uner müdlichen Tätigkeit des Kameraden Lambrecht und des noch in unserer Mitte weilenden Kameraden August Höfer zu danken, daß im Oktober 1884 die Zahlstelle in Celle errichtet werden konnte mit einer Mitgliederzahl von acht Kameraden. Aber auch in der folgenden Zeit war der Stand der noch jungen Bewegung ein schwerer, wurde doch die neu ins Leben gerufene Zahlstelle von den Zunftgenossen nebst ihren Kräutern mit allen Mitteln bekämpft; aber immer wieder war Kamerad Lambrecht mit seinen wenigen Getreuen zur Stelle, um das zu verteidigen, was sie errichtet hatten. Seiner uner müdlichen Agitation ist es zu danken, daß eine Organisation entstand, die allen Stürmen standgehalten hat und auch ferner standhalten wird. Durch sein ruhiges Wesen war er bei allen Kameraden beliebt. Jeder Grobchen, der dem Verbands gegeben wurde, war nach seiner Meinung im Verbands besser aufbewahrt als im stärksten Tresor. Sein Ziel war, eine starke Zahlstelle zu errichten. Das ist ihm gelungen. Mögen die Kameraden im Sinne des Entschlafenen weiter arbeiten, damit das erhalten bleibt, was Christoph Lambrecht gesät hat. Die Einigkeit der Kameraden stand dem Entschlafenen höher als sein eigenes Wohlergehen.

Grevesmühlen. In der Versammlung am 28. Juni referierte der Gauleiter, Kamerad Hinrichs, über das Thema: „Die Notverordnung und die Gewerkschaften.“ Der Referent ging auf die Ungerechtigkeiten ein, die dem Proletariat durch die neue Notverordnung zugefügt

werde. In ausführlicher Weise behandelte der Redner die Auswirkungen dieser notverordnenden Gesetze. Natürlich legte der Redner auch die finanzpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten dar, in der sich die Regierung befinden habe. Alles in allem, die Notverordnung sei untragbar; sie müsse schleunigst revidiert werden. In der anschließenden Aussprache wurde betont, daß die Belastung der Arbeiterklasse durch die Notverordnung unerträglich geworden sei. Alle maßgebenden Instanzen der Gewerkschaften und der Partei müßten jetzt auf die Reichsregierung einwirken, damit diese Notverordnung aufgehoben oder aber bedeutend abgeändert werde. Diese Auffassung wurde einmütig von der Versammlung zum Ausdruck gebracht. Besonders müßten die Gewerkschaften auf die Fraktionen im Reichstag einzuwirken versuchen, damit möglichst umgehend eine Aenderung der Notverordnung herbeigeführt werde. Im Anschluß hieran wurde beschlossen, daß die Gauleitung, die am 19. Juli stattfinden soll, auch von der Zahlstelle beschickt werden muß.

Röln. In einer für das Stadtgebiet Groß-Röln tagenden gut besuchten Mitgliederversammlung wurden wichtige Tagesfragen behandelt. Kamerad Schröder von der Gauleitung in Düsseldorf referierte über die arbeitser feindlichen Zersplitterungsbestrebungen der RGO und des Industrieverbandes. An Hand von Beweisen schilderte er, daß schon die ersten Versuche der Gründung neuer Verbände im Jahre 1920 in den Anfängen stecken blieb. Die Splittlerorganisationen waren noch nie in der Lage, entscheidendes in der Arbeiterbewegung zu leisten. Deshalb verfielen sie bald ihrer Auflösung. Die Parole der Rückkehr in die freien Gewerkschaften wurde dann immer wieder ausgegeben. Zur Erfüllung der Gegenwartsaufgaben könnten nur die freien Gewerkschaften, für uns Zimmerer unser Zentralverband in Frage kommen. Die Diskussion war rege und sachlich. Als ein Redner versuchte, der RGO Lichtseiten abzugewinnen, stieß er auf allgemeinen Widerspruch. Auch wurde zu der Notverordnung Stellung genommen, und zum Schluß eine entsprechende Resolution angenommen.

Wismar. In unserer Mitgliederversammlung, die am 6. Juli stattfand, gab der Vorsitzende zunächst die Rundschreiben der Gauleitung bekannt. Es sei dringend notwendig, daß der Durchführung der von den Gewerkschaften geforderten 40stündigen Arbeitswoche größere Beachtung geschenkt werde. Verhandlungen mit den maßgebenden Körperschaften haben zwischen den Zentralen der Bauarbeiterverbände und den Sozialen Baubetrieben sowie mit andern Genossenschaften stattgefunden. Es sei dringend notwendig, daß das Meer der Arbeitslosen verringert werde. Der Briefwechsel zwischen der Gauleitung und dem Magistrat der Stadt Wismar, den Aufbau der Badeanstalt und verschiedener Brücken betreffend, wurde bekanntgegeben. Mit Nachdruck hat die Gauleitung im Einverständnis mit den Kameraden die Forderung vertreten, daß diese Arbeiten durchaus reine Zimmerarbeiten sind. Auch der Zahlstellenvorstand habe Anfang April dem Rat der Stadt Mitteilung gemacht und hervor gehoben, daß die Aufstellung der Badeanstalten und der Brücken als Zimmerarbeit zu betrachten sei. Bei diesen Arbeiten dürften nur Zimmerer eingestellt werden. Bedauerlicherweise hat der Rat der Stadt unserer Beschwerde und unserm Ersuchen wenig Beachtung geschenkt. Die Gauleitung habe im Anschluß daran den Magistrat nochmals schriftlich ersucht, bei den genannten Arbeiten nur Zimmerer einzustellen. In einem Schreiben vom 16. Juli habe der Magistrat geantwortet, daß die Lohnspanne zwischen andern Berufen und den Zimmerern zu groß sei und daß er deshalb andere gelernte Arbeiter vorgezogen habe. Gegen diese unglaublich rückständige Einstellung des Stadtrates habe die Gauleitung nochmals Einspruch erhoben. In dem Schreiben wurde betont, daß noch genügend Zimmerer auf dem Wohlfahrtsamt gemeldet seien, die unter diesen Umständen auch fernerhin der Stadt zur Last fallen werden. Die Zimmerer Wismars könnten es nicht verstehen, und es sei durchaus unbillig, wenn in dieser Zeit Arbeiten, die immer von Zimmerleuten ausgeführt worden seien, durch andere Berufe übernommen werden. Der Magistrat der Stadt Wismar habe bisher noch nicht geantwortet. Der Gauleiter, der persönlich anwesend war, gab in der Versammlung noch nachträglich einen Bericht über die bezirklichen Lohnverhandlungen. Im Anschluß an die Ausführungen des Gauleiters gab der Vorsitzende den Kartellbericht und der Kassierer den Kassierbericht vom zweiten Quartal bekannt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Am Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß die Zahlstelle eine Fahne für den Arbeiter-Sportplatz gestiftet habe; ferner wurden noch verschiedene Zahlstellenangelegenheiten besprochen.

Baugewerbliches

Bauen tut not!

Die baugewerblichen Arbeiterverbände in Mecklenburg haben an die dortige Landesregierung eine Eingabe gerichtet, in der eine stärkere Förderung der Bauwirtschaft gefordert wird. Die Eingabe wurde dem Präsidenten des Mecklenburg-Schwerinschen Staatsministeriums am 22. Juni überreicht. Wir bringen nachfolgend einige der wichtigsten Stellen der Eingabe:

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt des Baugewerbes nötigt uns, dem Mecklenburg-Schwerinschen Staatsministerium folgende Vorschläge zu machen:

Zunächst bitten wir Sie, Herr Ministerpräsident, dahingehend tätig zu werden, daß die Beratungsstelle für Auslandsanleihen ihren bisher ablehnenden Standpunkt für die Aufnahme von Auslandsanleihen für den Wohnungsbau aufgibt.

Dann schlagen wir vor, daß das Staatsministerium in einer Vorlage an den Mecklenburg-Schwerinschen Landtag entweder die Aufnahme einer Wohnungsbauanleihe im Betrage von 1 Million Mark empfiehlt, oder im Vorgriff auf das Aufkommen an Melzinssteuer im Jahre 1932 dem Baumarkt 1 Million Mark zur Verfügung stellt. Von dem Betrage in Höhe von 1 Million

Mark wären dem Wohnungsneubau 500 000 Mark, dem Fonds zur Renovierung und Instandhaltung der Altbauwohnungen ebenfalls 500 000 Mark zu überweisen.

Die Schwierigkeiten, unter den heutigen Verhältnissen auf dem Geldmarkt eine Anleihe von 1 Million Mark zu placieren, sind uns nicht unbekannt, daher auch unser Vorschlag, im Vorgriff auf das Hauszinssteueraufkommen des Jahres 1932 dem Baumarkt flüssige Gelder auf diesem Wege zuzuführen.

Da anzunehmen ist, daß in absehbarer Zeit für das Reich eine Entlastung der Zahlungen an das Ausland eintritt, erscheint uns die Maßnahme des Vorgriffs auf das Jahr 1932 finanzpolitisch unbedenklich.

Eine weitere Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe besteht unseres Erachtens darin, wenn die im Besitz des Freistaates Mecklenburg-Schwerin sich befindlichen Domänen durch Inangriffnahme von Instandsetzungs- beziehungsweise Unterhaltungsarbeiten für Arbeitsbeschaffung sorgen.

Des weiteren bitten wir, auf die Räte der Städte dahingehend einwirken zu wollen, daß die in den einzelnen Städten geplanten Bauvorhaben möglichst sofort in Angriff genommen werden und nicht abgeforderte Zuschüsse sofort anderweitig für den Wohnungsbau zu verwenden sind.

Die Städte werden auch dazu übergehen müssen, an Stelle des in den Durchgangstraßen vorhandenen ungeeigneten Straßenpflasters eine Straßendecke herstellen zu lassen, die Erschütterungen der anliegenden Gebäude durch Lastkraftwagen ausschließt. Hier ist nach unserer Auffassung ebenfalls eine Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung vorhanden.

Den staatlichen Hochbauämtern bitten wir Anweisung zu geben, daß bei Vergabe von Bauarbeiten dem ausführenden bindend die Innehaltung der für das mecklenburgische Baugewerbe geltenden täglichen achtstündigen Arbeitszeit zur Pflicht gemacht wird und darüber hinaus versucht wird, durch Kürzung der Arbeitszeit weitere Arbeitskräfte unterzubringen.

Wir verweisen bei dieser Gelegenheit besonders auf die von den staatlichen Hochbauämtern auszuführenden Stein- schlag- und sonstigen Arbeiten.

Außergewöhnliche Verhältnisse erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Daß „Bauen“ heute mehr als je not tut, bedarf keines weiteren Kommentars. Wir wissen, daß Ihnen, Herr Ministerpräsident, diese Dinge nicht unbekannt sind. Wenn wir daher nochmals mit allem Nachdruck fordern, daß die maßgebenden Stellen, sich ihrer Verantwortung bewußt, nichts unversucht lassen, um durch Beschaffung von Arbeit die katastrophale Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter zu lindern, so dürfen die unterzeichneten Vertreter der baugewerblichen Arbeiterverbände wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß Sie, Herr Ministerpräsident, Ihren Einfluß dahingehend geltend machen, daß der Versuch zur Tat wird. Denn ein Volk, das nicht baut, lebt nicht!

Sozialpolitisches

Elternrechte — Fürsorgeerziehung?

Die Fürsorgeerziehung ruht auf einer festen gesetzlichen Basis und ist bekanntlich in dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz verankert (§§ 63 bis 76). Sie kann daher auch nur in diesem Rahmen durchgeführt werden. Selbstverständlich greift die Fürsorgeerziehung tiefer als sonst irgendeine Maßnahme in das Leben eines Jugendlichen und somit auch in dasjenige einer ganzen Familie ein. Es wird nämlich durch die Anordnung einer Fürsorgeerziehung das Bestimmungsrecht der Erziehungsberechtigten, also auch der Eltern, über ihr eigenes Kind im weitesten Maße aufgehoben. Diese völlige Annäherung der bisherigen natürlichen Beziehungen innerhalb der Familie ruft natürlich eine gewisse Unruhe hervor. Die Herausnahme aus der Familie und die Unterbringung respektive Unterordnung des betroffenen Jugendlichen in die fürsorgereichen Maßnahmen ist selbstverständlich von sehr weittragender Bedeutung. Sie soll der Verhütung und der eventuellen Beseitigung der Verwahrlosung dienen. Natürlich kann sie in einer geeigneten Familie oder Erziehungsanstalt unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten durchgeführt werden.

Der äußere Verlauf einer öffentlichen Erziehung vollzieht sich in der Regel auf Grund der reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen. Auf Antrag des zuständigen Jugendamtes beschließt das Vormundschaftsgericht nach eigener und eingehender Prüfung des Falles auf vorläufige oder endgültige Fürsorgeerziehung eines Minderjährigen. Die Anordnung einer Fürsorgeerziehung auf eine bestimmte Frist (zum Beispiel auf ein halbes oder ein Jahr) ist im vorerwähnten Gesetz nicht vorgesehen, mithin auch nicht möglich. Ebenso ist es für den späteren Verlauf und für die Aufhebung der Fürsorgeerziehung rechtlich bedeutungslos, ob die Anordnung der Maßnahme mit oder ohne Einverständnis der Erziehungsberechtigten, das heißt Eltern oder Vormund, erfolgte. Nun steht gegen den gerichtlichen Beschluß der Fürsorgeanordnung die sofortige Beschwerde der Erziehungsberechtigten zu. Allerdings hat eine Beschwerde bei Bestehen einer vorläufigen Fürsorgeerziehung keine aufschiebbare Wirkung, das heißt die Herausnahme des Minderjährigen aus seiner Umgebung kann ungeachtet der Beschwerde der Eltern oder der sonstigen Erziehungsberechtigten unverzüglich erfolgen (§ 67 des vorerwähnten Gesetzes). Die Beendigung einer Fürsorgeerziehung tritt in allen Fällen mit der Erreichung der Volljährigkeit ein (Vollendung des 21. Lebensjahres). Eine frühere Beendigung der Fürsorgeerziehung ist durch vorzeitige Aufhebung möglich. Allerdings ist diese Maßnahme an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Es sollen vorher — je nach den landesrechtlichen verschiedenartigen Bestimmungen — im allgemeinen die zuständigen Vormundschaftsgerichte von den Fürsorgeerziehungsbehörden gehört werden. Natur-

lich soll Wesen und Ziel einer echten Fürsorge sein, sich selbst aufzuheben und sich selbst entbehrlich zu machen. Die Fürsorgeerziehungsarbeit soll endlich von dem Wunsche befeuert sein, den jungen Menschen, sofern irgend möglich, dem freien Leben wiederzugeben. Selbstverständlich kann hier das Verhalten der Eltern und des Erziehungsberechtigten von sehr großer Bedeutung sein. Ein enges Zusammenarbeiten mit der Fürsorgeerziehungsbehörde und gegenseitiges Vertrauen kann erfolgreiche und befriedigende Lösung für die Betroffenen bringen, das heißt, eine frühzeitige und erfolgreiche Fürsorgeerziehungsaufhebung. Es muß auch den Fürsorgeerziehungsbehörden in einem republikanischen Staatswesen daran liegen, daß frühere vorhanden gewesene Vorurteile verschwinden. Es muß weiter durch Worte und Taten den bedauernswerten Betroffenen gegenüber der Beweis zu erbringen versucht werden, daß die bisher von der Familie geleistete Aufgabe von Menschen übernommen worden ist, die Verantwortungsgesühl kennen, und bemüht sind, den Anvertrauten zu helfen. Nur dann wird sich auch hier ersprießliche Aufbaubarbeit im Interesse der hilfsbedürftigen jungen Menschen, die durch Fehlritte in die Fürsorgeerziehung „hinabgeglitten“ waren.

leistung melden. Die Bautätigkeit hat sich etwas besser gehalten als erwartet werden konnte. Das gleiche trifft auf die Baustoffindustrien zu. Etwas günstiger war die Entwicklung in den Berufen der Metallverarbeitung und des Holz- und Schnitzstoffgewerbes. Die Spinnstoffindustrie bildete nach wie vor eine wichtige Stütze des Arbeitsmarktes. Im Bekleidungs-gewerbe kann allerdings die Saison als beendet angesehen werden. Die Einstellungen bei der Reichsbahn brachten dem Arbeitsmarkt des Verkehrsgewerbes eine gewisse Entlastung. In der Gruppe Nahrung- und Genussmittelindustrie waren zahlreiche Betriebe der Tabakverarbeitung und der Konservenherstellung aufnahmefähig. — Wir registrieren diese teilweisen Besserungsercheinungen des Arbeitsmarktes mit Genugtuung. Wissen wir doch ganz genau, daß von einer Besserung des Arbeitsmarktes sehr viel abhängt. Hoffentlich trägt das Inkrafttreten des Hoover-Plans zu einer weiteren Verminderung des Arbeitslosenheeres bei. Jedenfalls liegt kein Grund vor, allzu schwarz in die Zukunft zu sehen. Denn der Pessimist ist der einzige Mist auf dem nichts wächst.

Entwicklung des Großhandelsindex

Der Großhandelsindex in Deutschland ist im Durchschnitt des Monats Juni vom Statistischen Reichsamte auf 112,3 (1913=100) festgestellt worden. Gegenüber dem Vormonat ist ein Rückgang von 0,9 % zu verzeichnen. Eine Steigerung der Preise ist eingetreten bei Vieherzeugnissen um 0,8 %, bei Kautschuk um 2,1 %, bei künstlichen Düngemitteln um 0,9 % und bei Technischen Öle und Fette um 10,9 %. Bei letzteren Produkten ist die erhöhte Besteuerung von Treiböl von Bedeutung.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege

Abbau der Unfallversicherung?

Das Joeben vergangene Jahr 1930 brachte uns den satfam bekannnten Leistungsabbau in der Kranken- und in der Arbeitslosenversicherung. Es scheint damit noch nicht Schluss zu sein. Vielmehr soll jetzt das Stiefkind unserer Sozialversicherung, die Unfallversicherung, an die Reihe kommen. Es liegen bereits Vorschläge vor, die auch in diesem Versicherungszweig einen nicht geringen Leistungsabbau vorsehen. So hat die „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ im Verein mit andern Unternehmerorganisationen eine Denkschrift herausgegeben. Diese Denkschrift trägt die Bezeichnung „Vorschläge zur Reform der Unfallversicherung“. Die Arbeitgeber verstehen unter „Reform“ nur einen Abbau der Leistungen. Aus dem Inhalt der Vorschläge gehen diese Bestrebungen ganz klar und deutlich hervor. Ein besonderes Greuel ist den Herausgebern, daß die Unfallversicherung in den letzten Jahren verschiedentlich erweitert und ausgebaut ist. Man will diese Erweiterungen wieder aufheben oder wenigstens einschränken. Was wollen denn nun die Arbeitgeber?

Es würde natürlich zu weit führen, an dieser Stelle auf alle Einzelheiten dieser „Reform“-Vorschläge einzugehen. Nur die wichtigsten Dinge sollen kurz angeführt werden. Vor allen Dingen sollen die Anfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle wieder aus der Versicherung ausgeschaltet werden. Tatsache ist nun, daß diese Begeunfälle, die jährlich zunehmen, die Genossenschaften erheblich belasten. Sie jedoch wieder vollkommen außerhalb des Versicherungsschutzes zu stellen, ist ein Unding und ein vollkommen unerfüllbares Verlangen. Weiter soll die Einbeziehung der Berufsfrankheiten in den Versicherungsschutz wieder auf ein geringeres Maß zurückgeführt werden. Die Arbeitgeber wollen also gerade das Gegenteil von dem, was notwendig ist, und was von den Gewerkschaften seit Jahren gefordert wird. Die in den letzten Jahren geschaffene Neuerung, daß unter Umständen auch der kaufmännische und verwaltende Teil eines Unternehmens in die Versicherung einbezogen ist, soll wieder verschwinden. Diese Neuerung soll aufgehoben werden, da durch sie der Grundsatz der Unfallversicherung angeblich durchbrochen wird. Berufsfürsorge (die heute schon nur sehr selten gewährt wird) soll nach dem Willen der Arbeitgeber nur noch den sogenannten Schwerverletzten gewährt werden dürfen. Als Schwerverletzte gelten bekanntlich die, die eine Rente von 50 % und mehr der Vollrente erhalten. Noch einschneidender ist jedoch eine andere Forderung. Sollte diese durchgehen, dann wäre die Unfallversicherung zu einem großen Teile überhaupt illusorisch und zwecklos. Die Arbeitgeber verlangen nämlich nichts weniger als den Wegfall und die Beseitigung sämtlicher kleiner Renten. Eine Unfallrente soll nach den Vorschlägen dann nicht gewährt werden, wenn durch den Unfall die Erwerbsfähigkeit um weniger als 25 % vermindert ist. Diese Einschränkung der Versicherung soll auch für die laufenden Entschädigungsfälle gelten, so daß mit einem Schlage eine große Anzahl Renten überhaupt wegfallen würde. Es sei erwähnt, daß die Renten bis zu 25 % mehr als ein Drittel sämtlicher überhaupt heute laufender Renten ausmachen. Diese Einschränkung soll für die Zukunft gelten; es sollen jedoch auch alle heute laufenden Renten in oder unter dieser Höhe fallen. Damit ist der geplante Leistungsabbau jedoch noch lange nicht erschöpft. Wir haben hier nur die Hauptsachen angeführt.

Man darf diese Abbauvorschläge nicht auf die leichte Achsel nehmen. In der Verbandszeitschrift des „Verbandes der Ärzte Deutschlands“ schreibt ein guter Sachkenner über diese „Reform“-Vorschläge: „Man darf annehmen, daß die Aussichten für die Arbeiterschaft, ihre Aenderungs-wünsche durchzusetzen, in der Unfallversicherung vielleicht noch größer sind als in der Krankenversicherung. Die Arbeitgeber haben die Kosten der Unfallversicherung allein zu tragen, und sie beherrschen deshalb auch die Verwaltung dieses Versicherungszweiges. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß sich die Arbeitgeberverbände bei der Ausarbeitung ihrer Vorschläge, mit den Berufsgenossenschaften und deren organisatorischer Vertretung verständigt haben. Wir nehmen an, daß der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften hinter den Aenderungswünschen der Ar-

beitgebervereinigungen steht.“ Wir können uns dieser Meinung nur anschließen. Es bedarf jedenfalls eines geschlossenen und energischen Widerstandes der gesamten Arbeiterschaft, diese Pläne zunichte zu machen. Kl—s.

Abbau der Krankenversicherung bedeutet Abbau der durchschnittlichen Lebensdauer.

Unter diesen Leitfaden stellt Dr. S. Ronai seinen Bericht über die 13. Fürsorgetagung der Oesterreichischen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik und Fürsorgewesen („Arbeit und Wirtschaft“, Heft 13, 1931). Gerade in der Krise erwachsen der Krankenversicherung neue und wichtige Aufgaben, so daß Einsparungen auf diesem Gebiet in Wirklichkeit häufig schlimmste sozialhygienische Verschwendung darstellen. So nimmt beispielsweise, wie aus den Berichten der Gewerbeinspektion zu entnehmen ist, in der Krise der gesundheitliche Schutz in den Betrieben ab, da aus Gründen der Kostenersparnis gesundheitliche und betriebstechnische Schutzmaßnahmen als zu teuer und kostspielig unterlassen werden. Am so wichtiger wird jetzt die Aufgabe, die die Krankenkasse zu erfüllen hat, und um so empfindlicher werden die Wirkungen, die bei einer Verringerung der Leistungen der Krankenkassen in der Krise für die Beteiligten auftreten. Darüber darf auch nicht die Beobachtung hinwegtäuschen, daß der Krankenstand in der Krise oft geringer ist als in normalen Zeiten. Die Erklärung hierfür liegt darin, daß die frankten Arbeiter häufig nicht den Mut aufbringen, sich krank zu melden, aus Angst, sonst ihre Arbeitsstelle zu verlieren. Zudem hat seit der Einführung der Arbeitslosenversicherung die Krankenversicherung den Charakter der ausgesprochenen Krisenversicherung verloren, der früher vor Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung darin zum Ausdruck kam, daß in Krisenzeiten viele Arbeiter, die ein unausgeheiltes Leiden hatten oder denen Entlassung drohte, sich in die Krankenversicherung retteten. — Die Leistungshöhe der österreichischen Krankenversicherung konnte vor allem durch den Ausbau der Ambulatorien und Laboratorien gesteigert werden. Blutuntersuchungen, Röntgenaufnahmen kommen immer mehr auf und lassen Krankheiten, wie vor allem Tuberkulose, Krebs usw., bereits in den Anfangsstadien erkennen und ausheilen. Trotz des Mitgliederrückganges im letzten Jahr nahm die Inanspruchnahme der Ambulatorien seitens der Mitglieder stark zu, so daß gegenwärtig bereits auf ein Mitglied jährlich vier Behandlungen in einem Ambulatorium entfallen, ein deutliches Zeichen des sozialhygienischen Fortschritts, den diese Einrichtungen darstellen. In einer Zeit, in der die Bevölkerungspolitik von einer Zunahme der Geburten, sei es auch durch neue Einrichtungen, wie Elternschaftsversicherung usw., keine grundlegende Aenderung zu erwarten haben wird, bleibt der einzig gangbare bevölkerungspolitische Weg der menschenökonomische: der Schutz des Lebens der Geborenen gegen Krankheit und Unfall. Gerade der Zusammenhang zwischen Krankenversicherung und Lebensverlängerung zeigt die große bevölkerungspolitische Bedeutung der Krankenversicherung.

Arbeitsrechtliches

Bilanz des Baudelegiertenwesens

12 Jahre nach Bestehen des Baudelegierten-systems ist es wohl angebracht, einmal zu überprüfen, inwieweit dieses System den Anforderungen gerecht geworden ist. Bei der Beurteilung des Baudelegierten-systems kann man nicht den gleichen Maßstab anwenden, den man bei der Tätigkeit der Betriebsräte anwendet. Die Schwierigkeiten, die dem Baudelegierten bei seiner Tätigkeit entgegenstehen, sind viel größer als die des Betriebsrates in der Industrie. Man muß bei der Beurteilung der Baudelegiertentätigkeit beachten, daß das Amt des Baudelegierten nur von kurzer Dauer ist und mit dem Amt in den meisten Fällen zugleich auch das Arbeitsverhältnis erlischt, damit aber fast immer die Gefahr einer Maßregelung gegeben ist. Leider ist das vorliegende Material über die Tätigkeit der Baudelegierten sehr gering. Es erstreckt sich auf kurze Andeutungen in den Jahrbüchern des Baugewerksbundes und des Zimmererverbandes, auf die Urteile der Arbeitsgerichte und privaten Berichte von Baukontrolleuren.

Das System der Baudelegierten hat seinen Ursprung in dem Vertrauensmänner-system der baugewerblichen Arbeiterverbände. Nach dem Abschluß der bekannten zentralen Vereinbarung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände vom 15. November 1918, in deren Ziffer 7 die Betriebsvertretung geregelt ist, und des § 12 der VO. vom 23. Dezember 1918, wurde im RWB. für das Baugewerbe vom 31. März 1919 das Baudelegierten-system zum erstenmal geregelt. Es weicht von den jetzigen Bestimmungen insoweit ab, als jede Berufsgruppe ihre Delegierten selbst wählte. Es hieß:

„Von den Arbeitern eines jeden Berufs auf jeder Arbeitsstelle...“

Das ist heute nicht mehr der Fall. Die Wahl der Delegierten erfolgt heute durch die gesamte Belegschaft der betreffenden Arbeitsstelle.

Nach dem Inkrafttreten des RWB. am 9. Februar 1920 mußte auf der Grundlage des § 62 RWB. die Betriebsvertretung neu geregelt werden. Mit dieser Neuregelung, die am 29. Mai 1920 erfolgte, waren die Schutzvorschriften bedeutend verschärft, und der Aufgabentkreis war umfangreicher geworden. Die Rechte und Pflichten beruhten von da an auf dem RWB.

So sehr auch durch das RWB. das Baudelegierten-system in seiner rechtlichen Stellung geändert wurde, ist es doch nicht gelungen, die Rechte und Pflichten der Baudelegierten in bedeutendem Umfang zu realisieren. In vielen Orten werden keine Delegierten gewählt, beziehungsweise die gewählten Delegierten können die ihnen zustehenden Rechte nicht durchsetzen. Die Gefahr der Maßregelung ist durch den öfteren Wechsel des Arbeitgebers so groß, daß ein großer Teil der Bauarbeiter das Delegiertenamt ablehnt. Man braucht nur die Jahresberichte der Gewe und Bezirke der Bauarbeiterverbände durchzusehen, um die Wichtigkeit dieser Auffassung zu bestätigen. So schreibt der

Wirtschaftspolitisches

Kopfslosigkeit oder Zusammenarbeit?

Im Verlaufe der ersten Monate des laufenden Jahres, so schreibt die Reichs-Kreditgesellschaft in ihrem neuesten Wirtschaftsbericht, hatten sich in Deutschland wie in der übrigen Welt Anläufe zu einer Verlangsamung des Konjunkturrückganges und vielfach auch zu einem Stillstand gezeigt. Im Verlaufe des zweiten Vierteljahres hat jedoch die Angst überall die Dämme überflutet. Insbesondere im Monat Juni drohte die Politik des „Retten sich, wer kann“ über die Erkenntnis der unumgänglichen Zusammenarbeit innerhalb der Weltwirtschaft zu siegen und die wirtschaftliche Entwicklung erneut um ein bedeutendes Stück zurückzuwerfen. Sie war im Begriffe, Verflechtungen, die im Laufe von mehr als einem Jahrzehnt allmählich und zu vielseitigem Vorteil entstanden waren, in einem einzigen Monat zu zerreißen. Schon hatte zu einem neuen Preissturz die oben gekennzeichnete Politik auf allen konjunkturempfindlichen Gebieten angelegt. Die Preise wichtiger Welthandelswaren wurden ebenso getroffen wie die Kurse an den Wertpapierbörsen aller Länder. Eine neue Einschränkung der Unternehmungslust, der Vereinfachung lediglich, den stark verminderten Umfang der Geschäfte zu behaupten und nach neuen Arbeitsmöglichkeiten Umschau zu halten, bahnte sich an. Die Weltwirtschaft war in Gefahr, aus reiner Kopfslosigkeit neue beträchtliche Verluste auf sich zu nehmen, zu vergessen, daß sie nur von Zusammenarbeit leben kann, daß diese allein den Erfolg irgendeiner Arbeit und den Wert irgendwelcher Kapitalien auf die Dauer verbürgen kann. Der Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten stellt der Politik des „Retten sich, wer kann“ die Politik der Zusammenarbeit entgegen. Er hat, noch ehe er verwirklicht wurde, der Unternehmungslust neue Nahrung zugeführt und zu Käufen nicht nur etwa an den Wertpapiermärkten, sondern nicht weniger auch an den Warenmärkten angeregt. Die Geschäftsleute aller Länder haben spontan zum Ausdruck gebracht, wie sehr alle wirtschaftlichen Vorgänge in jüngster Zeit von Angst beherrscht waren, daß es eines Entschlusses wie desjenigen des Präsidenten der Vereinigten Staaten bedurfte, um einem weiteren Rückgang der Beschäftigung in allen Ländern der Welt Einhalt zu tun. Allerdings macht die vorläufige Unterbrechung der Zahlungen die notwendige Anpassung aller Lasten und Leistungen an die völlig veränderten Wertverhältnisse, die Einstellung der Wirtschaft in allen Ländern auf die vergrößerte Produktionsfähigkeit der Welt nicht überflüssig, die Folgen der unweckmäßigen Kapitalbewegungen nicht in kurzer Frist umgekehren. Es wird im Gegenteil, insbesondere in Deutschland, aber auch in andern Ländern, noch harter Arbeit und mannigfacher Entbehrungen nicht weniger als verständnisvoller Zusammenarbeit bedürfen, bis der Grund für eine nachhaltige Erhöhung der Beschäftigung und des Warenaustausches gelegt ist. Es ist aber wahrscheinlich, daß der krisenmäßige Rückgang beendet ist und eine allmähliche Anpassung bei niedriger Beschäftigung und schärfstem Wettbewerb in die Wege geleitet wird.

Diese Kennzeichnung der Zustände kann auch von uns unterschrieben werden. Nicht Kopfslosigkeit, sondern Zusammenarbeit aller Länder muß das Ziel der Zukunft sein.

Stand der Arbeitslosigkeit — Besserung auf dem Arbeitsmarkt

In der zweiten Hälfte des Monats Juni verringerte sich die Erwerbslosigkeit in Deutschland um 38 000 Personen. Insgesamt war im Juni ein Rückgang von 91 000 Personen zu verzeichnen. Es waren noch 3 962 000 Arbeitslose Ende Juni vorhanden. Die Arbeitslosenversicherung verzeichnete in der zweiten Junihälfte einen Rückgang von 62 000 auf 1 414 000, und die Krisenfürsorge einen Zuwachs um 6000 auf 940 000 Arbeitslose. Die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen betrug am letzten Stichtage, Ende Mai, 1 004 000. Von Mitte Februar bis Ende Juni erfuhr der Arbeitsmarkt eine Entlastung von 1 030 000, während im Vorjahre, allerdings bei einer wesentlich geringeren Winterarbeitslosigkeit, ein Rückgang in derselben Zeit von 725 000 Arbeitslosen zu verzeichnen war. Im einzelnen ist zu melden, daß die Landwirtschaft ihren Bedarf im großen und ganzen bis auf jugendliche Arbeitskräfte gedeckt hat. Von einzelnen Industrien kamen größere Anforderungen, teils infolge eines besseren Geschäftsganges, teils für kurzfristige Beschäftigungen. Im Ruhrbergbau hat die Abbauleute einen gewissen Stillstand erreicht. Die rheinisch-westfälische Eisenindustrie kann infolge der Russenaufträge und der zusätzlichen Bestellungen der Reichsbahn eine leichte Be-

Bezirk Stettin des DVB. 1926: „Die Furcht vor dem Unternehmer ist größer als das Vertrauen auf die Staatsgewalt.“

In bezug auf die Uebernahme des Delegiertenamtes bringt das Jahrbuch 1929 des DVB. folgende Feststellung: „... hauptsächlich in kleineren Orten sehr häufig mit der Gefahr dauernder Erwerbslosigkeit verbunden ist.“

Und die Entlassung beziehungsweise Maßregelung wird am andern Ort drastisch belegt: „Wo das nicht durch Ausnutzen einer Lücke des Gesetzes möglich ist, helfen sich solche Scharfmacher gegenseitig mit sogenannten schwarzen Listen.“

In den Jahrbüchern des Zimmererverbandes 1925 bis 1929 fehlt immer die Klage wieder, daß aus Furcht vor Maßregelungen keine Delegierten gewählt werden. Besonders trifft das auf ländliche Gebiete zu, wie Ost- und Westpreußen, Mecklenburg, Provinz Sachsen, Anhalt usw. Besser als mit Aeußerungen läßt sich noch das Angeführte mit Zahlen belegen. Die Anzahl der ermittelten Betriebe mit Betriebsvertretungen nach den Jahrbüchern 1928/29 des Zimmererverbandes:

	Ermittelte Betriebe	Betriebe mit Vertretung	In Prozent
1928 . . .	13 105	4487	34,2
1929 . . .	17 221	5103	29,6

Von den 17 Bezirksverbänden des DVB. wurde das Delegiertenwesen in folgender Weise beurteilt:

	gut	mäßig	schlecht	Zahl der Delegierten
(15) 1926	4	5	6	15 144
(13) 1927	3	6	4	21 713
(12) 1928	4	4	4	24 172
(14) 1929	4	4	6	24 088

() gibt die Zahl der darüber berichtenden Bezirksverbände an.

Die Klagen von Delegierten wegen unberechtigter Entlassung gestalteten sich im DVB. in folgender Weise:

	Klagen wegen Entlassung	verlorene Klagen wegen veräußerlicher Anmeldung
1926	405	60
1927	441	51
1928	690	46
1929	607	nicht berichtet

Trotz aller Verbesserungen, die innerhalb der letzten Jahre an dem Betriebsvertretungssystem vorgenommen worden sind, ist es nicht gelungen, das Baudelegiertenwesen auf die Höhe zu bringen. Die angeführten Hemmungen sind doch zu groß. (Schluß folgt.) S. Grafe.

Politische Wochenschau

Politische Hochspannung — Kreditaktion und Politik — Neue Notverordnungen — Aufruf der Reichsregierung — Eine internationale Sachverständigenkonferenz — Aus dem Preussischen Landtag — Volksentscheid der Reaktion — Uniform- und Umzugsverbot in Bayern — Quertreibereien der Reaktion

Politische Hochspannung ist nicht der richtige Ausdruck jenes Zustandes der in dieser Woche in Deutschland herrschte. Wohl war der Hoover-Plan von den maßgebenden Staaten angenommen, die politische sehr schwierige Situation, die vornehmlich von den Finanzschwierigkeiten der Reichsregierung und der Wirtschaft herrührte, erfuhr jedoch eine wesentliche Verschärfung. Das Reichskabinettagte in Permanenz. Immer wieder waren es finanzpolitische Maßnahmen und auch außenpolitische Fragen, die sich im Anschluß an die Reise Dr. Luthers nach Paris ergaben, die der Reichspolitik große Aufgaben stellte. Wir dürfen die Schwierigkeiten keineswegs verkennen, denn das Schicksal Deutschlands und seiner Arbeiterklasse steht auf dem Spiel.

Deutschland braucht nicht nur einen Zahlungsaufschub für seine Reparationslasten, es braucht auch Kredite in großem Ausmaß. Während das erste erreicht ist, macht die Durchführung einer Kreditaktion Schwierigkeiten. Zwar wollen England, Amerika und Frankreich Kredite gewähren, jedoch will Frankreich gewisse politische Garantien haben. Die öffentliche Meinung Frankreichs geht aus einer Unterhaltung zwischen Dr. Luther und dem Leiter der französischen Staatsbank hervor, die der „Matin“, eine große französische Zeitung, zu veröffentlichen in der Lage war. Nach dem „Matin“ hat besonders der Gouverneur der Bank von Frankreich dem Reichsbankpräsidenten eine offene Darlegung der Stimmung in Frankreich gegeben. Er hat Dr. Luther auseinandergesetzt, daß Frankreich sehr gerne bereit sei, seine Kapitalien für eine allgemeine Sanierung Europas und besonders für die Wiederaufrichtung Deutschlands zur Verfügung zu stellen, aber nur, wenn sich Deutschland aufrecht zu einer demokratischen und pazifistischen Politik entschliesse. Die französischen Bankiers haben, wie der „Matin“ hinzufügt, nicht die Absicht, von Deutschland unmögliche Verpflichtungen zu verlangen, aber sie haben darauf hingewiesen, daß in einem Augenblick, in dem Deutschland etwa 1,6 Milliarden Mark von den Emissionsbanken zur Stützung seiner Währung und einen fast gleichen hohen Kredit von den Privatbanken zur Stützung seiner Wirtschaft verlange, es nicht angebracht erscheine, daß Deutschland Panzerkreuzer baut, kriegerische Rundgebungen zuläßt und ein Zollbündnis mit Oesterreich abschließen wolle.

Die Lage Deutschlands gestattet keine Prestigepolitik. Wir vergeben uns nichts, wenn wir diesen Forderungen entsprechen. Es gilt auch hier, das kleinere Uebel zu wählen, soll nicht alles in die Binsen gehen.

Das Reichskabinettagte, das am 8. Juni zu einer Sitzung zusammengetreten ist, hat eine Notverordnung beschlossen, die im Zusammenhang mit der von den großen deutschen Firmen beschlossene Ausfallbürgschaft von 500 Milli-

onen Mark notwendig geworden ist. Die Verordnung ist noch im Laufe des Vormittags in Kraft gesetzt worden. Einige neue Notverordnungen und ergänzende Ausführungsbestimmungen hierzu hat die Reichsregierung im Anschluß an den Zusammenbruch der Danabank erlassen. Für die Danabank übernimmt das Reich eine Bürgschaft. Ferner wurde die vorübergehende Schließung der Börsen, Banken und Sparkassen angeordnet.

Die Reichsregierung hat im Anschluß an die erfolgreiche Beendigung der Pariser Verhandlungen über den Hoover-Plan einen Aufruf erlassen:

„Die weitsehende und staatsmännische Initiative des amerikanischen Präsidenten Hoover wurde von Erfolg gekrönt. Die feilsche Entlastung und die Hoffnung auf Wirtschaftsbesserung, die dieses Ergebnis mit sich bringt, löst allerseits freundschaftliche und freudige Gefühle aus. Der Entschluß zu raschem und durchgreifendem Handeln eröffnet weitgehende Möglichkeiten zu einer Wiedergesundung der Welt. Die Einigung über das Feiertagsjahr könnte nur durch verständnisvolle Mitwirkung aller Beteiligten erreicht werden. Wir erkennen dankbar an, daß in der Stunde schwerster wirtschaftlicher Gefahr Deutschland dieses Verständnis für seine Lage gefunden hat. Deutschland ist auch nach Eintritt des Feiertags keineswegs seiner wirtschaftlichen und finanziellen Nöte überhoben. Die gesamten Erleichterungen, die der Hoover-Plan Deutschland bringen wird, werden zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen benötigt und verwendet werden; die hierdurch eintretende Erleichterung des Geld- und Kreditmarktes muß der deutschen Wirtschaft zugute kommen. Eine Erhöhung irgendwelcher Ausgaben des Reiches, auf welchem Gebiete auch immer, ist während des Feiertags nicht möglich. Das Hoover-Jahr soll der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und darüber hinaus der wirtschaftlichen Erholung der Welt dienen. Soll sich die Hoffnung verwirklichen, daß in der gesetzten Zeit dieses Ziel erreicht wird, so ist eine engere Zusammenarbeit der Völker erforderlich. Die nächsten Monate werden Gelegenheit zu solcher Zusammenarbeit bieten. Die Heilung der Wunden dieser Krise und die Vorzüge gegen den Wiedereintritt ähnlicher Weltkatastrophen müssen das gemeinsame Ziel sein, von dem sich die Staatsmänner und die Völker bei der Lösung der noch größeren Aufgaben des kommenden Jahre leiten lassen.“

Die englische Regierung hat am 10. Juli eine Einladung an die hauptsächlichsten am Young-Plan interessierten Mächte zu der Konferenz in London gesandt, die Freitag voriger Woche um 11 Uhr im Schaumant begonnen hat. Die Einladungen sind an Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Vereinigte Staaten und Deutschland ergangen.

Der Preussische Landtag lehnte am Donnerstag den Antrag auf seine Auflösung mit 229 gegen 190 Stimmen ab. Gegen die Auflösung stimmten unter andern 135 Sozialdemokraten, 70 Zentrumsabgeordnete, 21 Staatspartei, 2 Volksrechtspartei, 1 ehemaliger Kommunist; dafür 70 Deutschnationale, 40 Kommunisten, 33 Volkspartei, 16 Wirtschaftspartei, 16 Landvolk-abgeordnete, 6 Nationalsozialisten, 4 Christlich-Soziale, 1 linker Kommunist (Seipold), 2 Oppositionskommunisten und 2 Parteiloze. Die fünf Abgeordneten der Deutsch-Hannoverschen Partei beteiligten sich nicht an der Abstimmung. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, den Volksentscheid wegen Auflösung des Preussischen Landtages am 9. August vor sich gehen zu lassen.

Das bayrische Staatsministerium des Innern hat mit Zustimmung des Ministerrates für das ganze Staatsgebiet ein allgemeines Aufzugsverbot und ein Uniformverbot erlassen. Nach dem Aufzugsverbot, das sich auf Artikel 123 Absatz 2 der Reichsverfassung stützt, sind alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich der Aufzüge und Propagandafahrten verboten. Das Uniformverbot stützt sich auf § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen und verbietet für alle politischen Vereinigungen das Tragen einheitlicher Kleidung und Abzeichen mit Ausnahme der sogenannten Bundesnadel. Die beiden Verbote treten sofort in Kraft und gelten bis zum 30. September 1931.

Als Reichsbankpräsident Luther am Donnerstagabend in Paris eintraf, um mit dem Leiter der Bank von Frankreich Verhandlungen über einen Aunderthalbmilliardenkredit für Deutschland aufzunehmen, wurde fast gleichzeitig in Berlin eine Nachricht verbreitet, die unmittelbar darauf auch in Paris bekannt wurde. Es war die großsprecherische Ankündigung der Sittler und Hugenberg, daß sie den Kampf gegen die derzeitigen Machthaber und die Erfüllungspolitik aufnehmen, den Entscheidungskampf zur Niederringung des heutigen Systems einleiten und durchführen würden. Man weiß in Deutschland, daß derartige Verlautbarungen der Sittler und Hugenberg Maulaufreißerei sind, das Ausland jedoch bewertet derartige Ankündigungen, die wie die offene Proklamtion eines hochverräterischen Unternehmens klingen, viel ernster. Wie lange will die Reichsregierung dieses Treiben der Volksverderber noch mit ansehen? Sonst ist die Reichsregierung doch auch nicht zimperlich.

Briefkasten der Redaktion

Mittweida, R. F. Der im Jahre 1910 dem Reichstag vorgelegte Entwurf der Reichsversicherungsordnung wurde am 19. Juli 1911 vom Reichstag verabschiedet. Mit einigen Aenderungen, die sich aber nicht auf Vermehrung der Paragraphen, sondern nur auf Ausdehnung einzelner erstrecken, umfaßt die Reichsversicherungsordnung heute

nach dieselbe Zahl, nämlich 1805 Paragraphen und das dazugehörige Einführungsgesetz. Die Aufstellung in einzelne Bücher hatte auf das Gesamtgesetz keinen Einfluß, sondern sie bedeutet nur die Abgrenzung der einzelnen Versicherungsträger; zum Beispiel Kranken-, Unfall- und Invalidentversicherung.

Literarisches

Tariffrecht. Von Dr. Franz Neumann, Berlin. Verlag Deutscher Baugewerksbund, Berlin SW 48, Friedrichstraße 57. Preis 4,50 M., Organisationspreis 3,50 M. Das kleine, 147 Seiten umfassende Werk des bekannten Juristen und Arbeitsrechtlers Dr. Franz Neumann behandelt Streitfragen aus dem Tariffrecht. Kurz, eindeutig und klar werden hier alle Fragen behandelt, die das moderne Tariffrecht betreffen. Es ist selbstverständlich, daß die Materie vom Standpunkt des modernen Arbeitsrechtlers unter Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung des RG. behandelt und erläutert wird. Dr. Neumann weiß, worauf es ankommt. Er schildert die Frage so, daß sie auch von dem weniger Gebildeten verstanden wird. Klar und präzise geht er auf alle die kniffligen Tariffrechtsfragen ein, die bisher noch hart unstritten waren. Das Buch hat der Arbeiterbewegung gelehrt. Eine merkwürdige Lücke in der arbeitsrechtlichen Literatur füllt diese Schrift Dr. Neumanns aus. Allen Funktionären kann die Anschaffung dringend empfohlen werden. Das Buch ist auch durch die Verlagsgesellschaft des DVB., Berlin S 14, Julestraße 6a, zu beziehen.

Die Industrialisierung der Sowjetunion. Von Gg. Engelbert Graf. Preis 40 S. Schriftenfolge „Sozialistische Zeitfragen“. E. Laubische Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. — Von der Parteien- und Günst-Verwirrung, schwant sein Charakterbild in der Geschichte. — Es gilt auch von Sowjetrußland. Leider ist es üblich geworden, über den notwendigen Parteistamp die Entwicklung der russischen Wirtschaft, über geistlichem Für und Wider die tatsächlichen Möglichkeiten und Erfolge der Sowjetunion zu übersehen. Wir müssen uns bemühen, das russische Problem sachlich zu behandeln. Aus diesem Geiste des gegenseitigen Verständnisses heraus ist die Broschüre Grafs geschrieben. Auf zwei Bogen kann keine umfassende und eingehende Darstellung der gesamten Industrialisierung der Sowjetunion gegeben werden. Aber die wichtigsten Fragen: was ist notwendig für Sowjetrußland? was ist möglich? was ist erreicht worden? wie wirkt sich die russische Entwicklung in der Weltwirtschaft aus? — diese Fragen werden knapp und unvoreingenommen und sachlich zu beantworten versucht.

Stein: Ein Führer zum neuen Reich. Verlag Gutenberghaus, Berlin SW 68. Zum 100. Male jährte sich am 29. Juni der Todestag des Freiherrn vom Stein. Aus diesem Anlaß gab der Verlag eine vortreffliche kleine Schrift heraus, in der das Leben und die große Reformarbeit dieses trefflichen Menschen gewürdigt werden. Freiherr vom Stein, dessen Stammsitz in der Nähe von Nassau liegt, hat den Geist der neuen Zeit trefflicher verstanden als die Junker, die vor 100 Jahren Deutschland in den Abgrund gestoßen haben. Stein war kein Revolutionär im Sinne Marats; er war aber einer der größten Reformatoren, den die Geschichte Deutschlands kennengelernt hat. Schade, daß der Mann des Fortschritts und der Demokratie gescheitert ist an dem Widerstand der Kräftehüter und der Militärmacht. Die Idee der Selbstverwaltung der Städte geht auf Stein zurück. Wie kein anderer wußte er, was seinem Vaterlande not tat. Der aufrechte, trotige Mann konnte sich mit preussischer Junkerart nicht abfinden. Schade, daß er seine großen Ideen nicht verwirklichen konnte. Sehr vieles wäre besser im heutigen Deutschland.

Anzeigen

Sterbetafel.

- Berlin. Am 9. Juli starb unser Kamerad **Franz Liedke** im Alter von 63 Jahren an Lungentuberkulose.
- Coburg. Am 17. Juni starb unser jugendliche Kamerad **Willy Seifert** im Alter von 17 Jahren an Blinddarmentzündung.
- Dortmund. Am 6. Juli starb unser Kamerad **Alfred Knispel** im Alter von 31 Jahren infolge Unglücksfalls.
- Dresden. Am 3. Juli starb unser Kamerad **Emil Philipp** im Alter von 64 Jahren an Magenkrebs.
- Düsseldorf. Am 7. Juli starb unser Kamerad **Wilhelm Stoll** im Alter von 76 Jahren infolge Anfalls.
- Einzelshier. Am 17. Juni verunglückte tödlich in Paris unser Kamerad **Gustav Eislage** im Alter von 24 Jahren infolge Berührung einer Starkstromleitung.
- Hilbesheim. Am 10. Juli starb unser Kamerad **Fritz Bruhns** im Alter von 44 Jahren an Herzschwäche.
- Hannover. Am 5. Juli starb unser Kamerad **Heinrich Kräft** im Alter von 71 Jahren an Jungentkrebs.
- Röln. Am 1. Juli starb unser Kamerad **Ignatz Gabski** im Alter von 43 Jahren an Lungenentzündung.
- Luca. Am 24. Juni starb unser Kamerad **Gustav Lappius** im Alter von 62 Jahren an Lungenentzündung.
- Magdeburg. Am 7. Juli starb unser Kamerad **Julius Gutwasser** im Alter von 57 Jahren an Lungentuberkulose.
- München. Am 7. Juli starb unser Kamerad **Michael Eder** im Alter von 70 Jahren infolge eines Schlaganfalls.
- Ober-Neufkirchen. Am 28. Juni starb unser Kamerad **Reinhard Richter** im Alter von 40 Jahren infolge einer Operation.
- Oslau. Am 5. Juli starb unser Kamerad **August Kirchner** im Alter von 76 Jahren infolge Unglücksfalls.
- Reichenbach im Vogtland. Am 4. Juli starb unser Kamerad **Albert Rahnsfeld** im Alter von 66 Jahren.
- Schlawe. Am 10. Juli starb unser Kamerad **Fritz Krüger** im Alter von 51 Jahren.
- Wurzen. Am 7. Juli starb unser Kamerad **Hermann Götz** im Alter von 64 Jahren.
- Zeitz. Am 6. Juli starb unser Kamerad **Gustav Reichardt** im Alter von 57 Jahren an Herzschlag.

Chreihrem Andenken!